

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 03.-09.11.2008

In dieser Nummer werden folgende Themen behandelt:

- *Medwedews politische Wertvorstellungen*
- *Resonanz auf Medwedews innenpolitische Reformvorschläge*
- *Putins Antikrisenplan*

Zusammenfassung

In seinem ersten Bericht zur Lage der Nation am 5. November legte Präsident Dmitrij Medwedew seine politischen Wertvorstellungen dar. An erster Stelle steht bei ihm die Gerechtigkeit, die er aber nicht nur in ihrer politischen Ausprägung versteht, sondern auch in ihrer sozialen Form. An zweiter Stelle folgt bei ihm die Freiheit, die er nicht nur individualistisch und unternehmerisch begreift, sondern der er auch eine nationale Komponente gibt. Den an dritter Stelle rangierenden Wert des menschlichen Lebens in Würde und Freiheit wendete der Präsident außenpolitisch auf die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an. In der kulturellen Tradition der russischen Gesellschaft stehend ist für ihn an vierter Stelle die Familie wichtig, gefolgt vom Patriotismus als fünfter Wert. Medwedews innenpolitisches Programm kann mit „konservative Modernisierung“ oder „liberaler Konservatismus“ überschrieben werden. Durch die von ihm hergestellte Verbindung zum außenpolitischen Machtverhalten Russlands, versucht der Präsident diesem eine höherwertige moralische Rechtfertigung zu geben.

Die innenpolitischen Aussagen Medwedews, die vier Fünftel seines Berichts ausmachen, kontrastieren deutlich zu der Drohung des Präsidenten, im Gebiet Kaliningrad Iskander-Mittelstreckenraketen zu stationieren, welche die geplanten amerikanischen Antiraketenstellungen in Polen und die Radareinrichtungen in der Tschechei erreichen können. Offensichtlich wollte Medwedew mit seinen an die Adresse der USA gerichteten scharfen außenpolitischen Ausführungen den Vorstellungen der Silowiki nachgeben, um sich ihnen gegenüber Spielraum für seine – ihm viel wichtigeren – innenpolitischen Reformbestrebungen zu verschaffen.

Die von Medwedew vorgeschlagenen Korrekturen des „Systems Putin“, denn darauf laufen sie hinaus, erfordern die Änderung von drei Verfassungsartikeln, die nicht zum Kernbestand der Konstitution gehören und die durchgeführt werden können, weil die dafür erforderlichen verschiedenen Mehrheiten erreichbar sind. Anders sieht es mit Medwedews Vorschlag zur personellen Rotation in Parteiführungsämtern aus. Die Umsetzung dieser Überlegung erfordert die Änderung von Parteistatuten. Das Parteiengesetz verbietet ausdrücklich die Einmischung von staatlichen Organen und deren Führungspersonen in die inneren Angelegenheiten politischer Parteien.

Premier Wladimir Putin legte am 7. November den 55 Vorhaben umfassenden Antikrisenplan der Regierung vor. Er erstreckt sich zeitlich von November bis April nächsten Jahres. Er sieht eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen vor, die hauptsächlich vom Wirtschafts- und vom Finanzministerium, dem Föderalen Finanzdienst und von der Zentralbank umzusetzen sind. Die Maßnahmen dienen der Verbesserung der Infrastruktur der Finanzmärkte und des Bankensystems. Sie sehen Hilfen für die Autoindustrie, den Landmaschinenbau, den Lufttransport, den Wohnungsbau und die Rüstungsindustrie vor. Sie beinhalten Sozialmaßnahmen, die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe sowie die Stärkung der Nachfrage.

Medwedews politische Wertvorstellungen

Auf welchen Wertvorstellungen basiert Präsident Dmitrij Medwedews politisches Denken? In unserer letzten Ausgabe wurden die Vorschläge, die Medwedew in seinem Bericht zur Lage der Nation am 5. November zur Veränderung des russischen politischen Systems gemacht hatte, dargelegt. Sie könnten fast einen innenpolitischen Action-Plan für Medwedews erste Amtszeit abgeben.

Medwedew versucht zwei Anforderungen gerecht zu werden. Auf der einen Seite soll die Stabilität bewahrt bleiben. Aber die Welt und die Gesellschaft verändern sich ständig. Wenn es darum geht, um jeden Preis die bestehende Stabilität zu wahren, wird sie zu einer statischen Stabilität. Diese wird auf Dauer den Anforderungen der Zeit nicht gerecht und droht eines Tages zu einer Art Friedhof zu werden, denn dort herrscht die größte statische Stabilität. Deshalb ist es notwendig, das Entwicklungsmoment in die Stabilität einzubauen, die dadurch zu einer dynamischen Stabilität wird.

Den Modernisierungsimpuls versucht Medwedew aus dem Rückgriff auf die Werte abzuleiten und macht damit zugleich deutlich, wo die Wurzeln seines politischen Denkens liegen. Als ersten Wert nannte er die Gerechtigkeit, die er als „politische Gleichberechtigung, Ehrlichkeit der Gerichte und Verantwortlichkeit der Leiter“ verstand. „Sie wird realisiert in Form von sozialen Garantien, erfordert die Überwindung von Armut und Korruption. Sie erstrebt für jeden Menschen einen würdigen Platz in der Gesellschaft und für die ganze russische Nation im System der internationalen Beziehungen.“ Diese Definition von „Gerechtigkeit“ mit einem starken sozialen Element entspricht der russischen Mentalität.

An zweiter Stelle steht bei Medwedew die Freiheit. Wie in früheren Reden versteht er unter „Freiheit“ die persönliche und individuelle Freiheit, die unternehmerische Freiheit, die Freiheit des Wortes sowie die Wahl des Wohnorts und des Arbeitsplatzes. Neu ist allerdings, dass er unter „Freiheit“ auch die „allgemeine nationale Freiheit“ versteht, die „Selbständigkeit und Unabhängigkeit des russischen Staates“. Der Präsident schließt in dem Freiheitswert, neben seinen klassischen individuellen Inhalten, auch eine nationale Ausprägungsform ein.

An dritter Stelle nannte Medwedew das „Leben des Menschen, Wohlstand und Würde“. Dann stellte er eine Verbindung von den innenpolitischen Grundsätzen zur Außenpolitik her, indem er unter Hinweis auf den Grundsatz des Schutzes kleiner Völker, die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens als ein Beispiel für die Anwendung dieses Prinzips darstellte.

An vierter Stelle bezog sich der Präsident auf die „Familientraditionen, Liebe und Aufrichtigkeit, Fürsorge der Jüngeren für die Älteren“ und konnte damit auf die Zustimmung der russischen Gesellschaft vertrauen. Und schließlich sprach er als fünften Wert den Patriotismus an, der tief verwurzelt ist durch die Liebe zum Vaterland und zur russischen Kultur.

Medwedew zitierte vier liberale Konservative: Pjotr Stolypin, Nikolaj Korkunow, Boris Tschitscherin und Wassilij Leontjew. Stolypin war von 1906 bis 1911 russischer Premierminister und setzte tief greifende Reformen im Zarenreich durch. Medwedew zitierte ihn mit dem Gedanken, dass zuerst der Bürger und dann erst das Staatsbewusstsein kommt. Vom zaristischen Staatsrechtler Korkunow griff Medwedew im Zusammenhang mit den notwendigen Antikorruptionsmaßnahmen den Gedanken auf, dass die Aufstellung von Gesetzen immer von den Herrschenden als Einengung ihrer Willkür empfunden wird. Beim zaristischen Rechtgelehrten und Philosophen des 19. Jahrhundert Tschitscherin gefiel dem Präsident die Formulierung, dass das Recht nicht nur als ein Produkt praktischer Vernunft zu betrachten ist, sondern als „die Bedingung einer wahrhaft menschlichen Existenz“. Und bei dem vor zehn Jahren in New York verstorbenen Ökonomen Leontjew beeindruckte Medwedew der Vergleich des freien Unternehmertums mit einem gigantischen Computer, der in der Lage ist, alle Probleme

automatisch zu lösen. Aber jeder, der mit Computern zu tun hat, weiß, dass er manchmal „hängt“ und nicht ohne Aufsicht arbeiten kann.

Dreierlei ist festzuhalten. Erstens: Medwedews innenpolitisches Programm und somit seine politische Denkweise kann mit „konservativer Modernisierung“ oder „liberaler Konservatismus“ überschrieben werden, wie es das „Zentrum für die politische Konjunktur Russlands“ macht. Zweitens: Als erste Werte nannte er „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“, in dieser Reihenfolge. Die Werte „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“ stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, denn absolute Gerechtigkeit bedeutet Unfreiheit und absolute Freiheit hat Ungerechtigkeit zur Folge. Aufgabe der Staatskunst ist es, zwischen beiden eine Balance zu halten. Dass der Präsident auf einen solchen Gedanken in seinem Bericht eingeht, war nicht zu erwarten. Aber dass er diese beiden Werte in dieser Rangfolge anführte bedeutet, dass die Gerechtigkeit bei ihm vor der Freiheit rangiert, was der russischen kulturellen Tradition entspricht. Drittens: Medwedew versucht, außenpolitisches Verhalten auf innenpolitische Wertvorstellungen zurückzuführen. Damit stellt er nicht nur eine Verbindung zwischen Innen- und Außenpolitik her, sondern versucht, der außenpolitischen Machtpolitik eine höherwertige moralische Begründung zu geben.

Prognose: In den nächsten Monaten wird sich die politische Aufmerksamkeit verstärkt auf die Umsetzung der zwölf innenpolitischen Vorschläge Medwedews richten.

Resonanz auf Medwedews innenpolitische Reformvorschläge

Die insgesamt zwölf Vorschläge zur Modifizierung des russischen politischen Systems, das in den letzten acht Jahren zum „System Putin“ mutierte, stehen im Kontrast zu den scharfen Aussagen des Präsidenten an die amerikanische Adresse, vor allem zur Drohung, im Gebiet Kaliningrad Iskander-Mittelstreckenraketen aufzustellen, welche die geplanten amerikanischen Raketenstellungen in Polen und die Radarstationen in Tschechien zerstören könnten. Die außenpolitischen Ausführungen Medwedews machen nur ein Fünftel seines Lageberichts aus und verdeutlichen schon von ihrem Umfang her, dass der Präsident nicht in diesem Teil seiner Rede den Schwerpunkt seines Berichts sieht. Offensichtlich hat Medwedew mit seinen Ausführungen den sicherheitspolitischen Erwartungen der Silowiki nachgegeben, um sich ihnen gegenüber Spielraum für seine innenpolitischen Reformbestrebungen zu sichern. Die Androhung der Aufstellung von Iskander-Raketen kostet ihn nicht viel, denn es ist noch gar nicht ausgemacht, ob der gewählte amerikanische Präsident Barack Obama nach seiner Vereidigung tatsächlich die Abwehrraketenpläne des noch amtierenden amerikanischen Präsidenten Georg W. Bush realisieren wird, so dass es dann auch gar nicht zur Aufstellung der Iskander-Raketen in Königsberg kommt. Aber die Umsetzung seiner innenpolitischen Reformschritte, die in Russland diskutiert werden, kann Medwedew schon jetzt einleiten.

Bereits in unserer letzten Ausgabe wurde darauf hingewiesen, dass die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten um zwei auf sechs Jahre die Änderung des ersten Absatzes von Verfassungsartikel 81 erfordert und die Prolongierung der Dauer der Legislaturperiode der Staatsduma um ein Jahr auf fünf Jahre eine Änderung von Verfassungsartikel 96 erfordert. Zudem macht die Umsetzung von Medwedews Vorschlag, dass der Premier jährlich dem Parlament einen Rechenschaftsbericht abgibt mit anschließender Aussprache, eine Änderung von Verfassungsartikel 103 notwendig, in dem die verschiedenen Zuständigkeiten der Staatsduma angeführt werden.

Laut Medwedew erfordern diese von ihm vorgeschlagenen Veränderungen keine „Reform der Verfassung“, sondern die „Korrektur der Konstitution“. Die russische Verfassung unterscheidet in ihrem Artikel 135 zwischen den Änderungen der Verfassungsartikel der Kapitel 1, 2 und 9 und den übrigen Verfassungsartikeln. Im ersten Verfassungskapitel stehen die Artikel mit den Kernaussagen über das russische politische System, wie dass

Russland ein demokratischer föderativer Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform ist (Artikel 1) und dass der Mensch, seine Rechte und Freiheiten die höchsten Werte sind sowie dass es Pflicht des Staates ist, diese anzuerkennen, einzuhalten und zu schützen (Artikel 2). Das zweite Kapitel enthält die 47 Grundrechtsartikel. Und im neunten Kapitel ist das Verfahren zur Verfassungsänderung festgelegt. Eine Änderung dieser dargelegten Bestimmungen über die Essentials der Verfassung ist praktisch nicht möglich. Es geht nur über die Einberufung einer Verfassungsversammlung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Medwedews Vorschläge betreffen eine Änderung von Verfassungsartikeln außerhalb des besonders geschützten Verfassungsbereichs. Dafür gelten die Bedingungen für die Verabschiedung eines föderalen Verfassungsgesetzes, nämlich zwei Drittel der Stimmen aller Staatsdumaabgeordneten und drei Viertel der Stimmen aller Senatoren des Föderationsrats. Zusätzlich müssen der auf diesem Weg eingeleiteten Änderung der Verfassung auch zwei Drittel der regionalen Parlamente zustimmen. Ganz so einfach, wie es sich in manchen russischen Diskussionsbeiträgen anhört, ist das Verfahren nicht. Aber es ist durchführbar, wenn es politisch gewollt ist, denn die entsprechenden Mehrheiten sind erreichbar.

Mit der Verlängerung der Dauer der Legislaturperiode und mit der Einführung der Verpflichtung des Premiers, jedes Jahr dem Parlament über seine Regierungstätigkeit Rechenschaft abzulegen, sowie mit der Senkung der Prozenzhürde für die Parteien, um nach Wahlen in das Unterhaus einziehen zu können, würde die Staatsduma etwas an politischem Gewicht gewinnen. Durch die Prolongierung der Amtszeit des Präsidenten würde allerdings auch dessen Position gestärkt werden. Um eine Parallele zum amerikanischen politischen System mit einem starken Präsidenten und einem starken Parlament ziehen zu können, müsste die Staatsduma noch wesentlich mehr Kontrollkompetenzen erhalten.

Anders sieht die Resonanz auf Medwedews Vorschlag der Rotation von Spitzenämtern in den Parteien aus. Parteiführungsdinosauriere wie Kommunistenchef Gennadij Sjuganow oder der Nationalpopulistenführer Wladimir Shirinowskij dürften vom Vorschlag des Präsidenten nicht so begeistert sein. Die Rotationsempfehlung Medwedews könnte eines Tages auch Putin als Vorsitzenden der Machtpartei „Einiges Russland“ betreffen, je nach dem welcher Rotationszeitraum vorgesehen sein wird.

Die von Medwedew vorgeschlagene Einführung der Rotation in Parteispitzenpositionen verlangt nicht die Änderung der Verfassung, sondern von Parteistatuten, die eine innere Angelegenheit der Parteien sind. Artikel 10 des Parteiengesetzes verbietet die Einmischung der staatlichen Organe und deren Verantwortlichen in die Tätigkeit der politischen Parteien und umgekehrt die Einmischung der Parteien in die Tätigkeit der Staatsorgane. Bei der Umsetzung seines Rotationsvorschlags ist Medwedew auf den good will der Parteien angewiesen.

Prognose: Die innenpolitischen Reformvorschläge Medwedews haben teilweise verfassungsändernden Charakter. Deren Realisierung dürfte erst im kommenden Jahr nach einem langen prozeduralen Verfahren erfolgen.

Putins Antikrisenplan

Als Reaktion auf die Gründung des „Rats beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Entwicklung des Finanzmarkts der Russischen Föderation“ am 17. Oktober durch Dmitrij Medwedew, dem der Premier nicht angehört, und auf Medwedews Bericht zur Lage der Nation am 5. November, veröffentlichte Wladimir Putin zwei Tage später, am 7. November, den „Aktionsplan zur Gesundung der Situation im Finanzsektor und in einigen Wirtschaftszweigen“, um zu demonstrieren, dass die Regierung handelt.

Dieser Plan macht deutlich, dass die Elite in Moskau Russland nicht mehr als eine „Insel der Stabilität“ betrachtet.

Die staatlichen Autoritäten haben inzwischen verstanden, dass die negativen Tendenzen in der Weltwirtschaft noch lange andauern werden und dass eine Strategie ausgearbeitet werden muss, wie auf diese Entwicklungen zu reagieren ist. Vorher fand in Moskau eine interne Diskussion darüber statt, was zu machen ist. Die einen vertraten die Meinung, dass es notwendig sei, Teile der Wirtschaft zu verstaatlichen und dass Russland zur Weltwirtschaft auf Distanz geht. Die anderen waren gegenteiliger Meinung. Der Staat soll der Wirtschaft möglichst wenig helfen. Es sei nicht schlimm, wenn die weniger kompetenten Player im Wirtschaftsgeschehen untergehen. Der Kreml wählte einen Mittelweg und lehnte die weltwirtschaftliche Isolierung Russlands ab. Zum Ausdruck kam das durch Putins Erklärung auf der Kabinettsitzung am 27. Oktober, dass Russland nach wie vor die WTO-Mitgliedschaft anstrebt.

Der Regierungsplan umfasst 55 Einzelmaßnahmen in den Kapiteln Finanzwirtschaft und Bankensystem, Stärkung der Nachfrage, Sozialmaßnahmen, Landwirtschaft, Autoindustrie und Landmaschinenbau, Rüstungsindustrie, Transportwesen sowie kleine und mittlere Unternehmen. Der zeitliche Rahmen der beschlossenen Maßnahmen reicht von November (35 Maßnahmen), über Dezember (10), Januar (4) und Februar (1) bis in den April nächsten Jahres (1).

Die Maßnahmen auszuführen, ist fast stets Aufgabe des Wirtschafts- und des Finanzministerium, des „Föderalen Dienstes für den Finanzmarkt“ (FSFR) und der Zentralbank. Bei manchen Maßnahmen sind zusätzlich die Ministerien für das Gesundheitswesen und für Soziales, für Industrie und Handel, für Energetik, für Transport, für Landwirtschaft, für Regionalentwicklung und für Verteidigung eingebunden sowie die den Ministerien nachgeordneten Regierungsorgane wie der „Föderale Antimonopoldienst“ (FAS Rossii), die „Staatlichen Korporationen für die Atomenergie“ (Rosatom) und „Rostechologii“, die „Föderale Weltraumagentur“ (Roskosmos), der „Föderale Zolldienst“ (FTS Rossii) sowie die Subjekte der - wie sie in Russland heißen - „natürlichen Monopole“, nämlich Öl, Gas, Transport, Elektrizität und Wärme.

Der Plan sieht die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen zur Verbesserung der Infrastruktur der Finanzmärkte und des Bankensystems vor. Laut Plan sollen die Broker in Zukunft von der Zentralbank streng überwacht werden und erhalten im Gegenzug Zugang zu deren Geldern. Die Regierung beseitigt die Beschränkungen bei der zulässigen Höhe des Grundkapitals. Die Höchstsätze der Arbeitslosenunterstützung sollen angehoben werden. Diejenigen Banken, die staatliche Mittel erhalten, haben dies mit der Unterstützung der Autoindustrie, des Landmaschinenbaus, des Lufttransports und des Wohnungsbaus zu „bezahlen“. Bei den staatlichen Bestellungen haben die russischen Firmen vor ausländischen Anbietern Vorrang. Die Regierung schlägt die zusätzliche Emission von Aktien und Obligationen strategischer Unternehmen vor. Die Zollsätze für den Export von Öl und petrochemischen Produkten sollen gesenkt werden. Die Regierung will das Konkursverfahren regeln. Mit den Mitteln der kommunalen Wirtschaft soll der Staat Wohnungen kaufen. Die Exporteure von russischen Waren erhalten Subventionen. Das Programm zur Unterstützung des kleineren und mittleren Unternehmen soll erweitert werden.

Prognose: *Die finanzielle Unterstützung von Industriezweigen, die durch die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise und die Halbierung des Ölpreises in Not geraten sind, durch staatliche Banken machen diese Industriezweige von Igor Setschin abhängig. Er ist als Stellvertretender Premier für die Industrie zuständig und gilt als der Anführer der „radikalen Silowiki“. Er dürfte diese Situation versuchen auszunutzen, um den Vorsitz in weiteren Aufsichtsräten strategischer Unternehmen – nach der Ölindustrie - zu übernehmen.*

Umfrage

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Stiftung, Öffentliche Meinung“ befragte Anfang November 1.500 Personen in 44 Föderationssubjekten. Die statistische Fehlerquote ist nicht höher als 3,6 %.

Wie schätzen Sie die Tätigkeit der Staatsduma und der Regierung bezüglich der Wirtschaft ein? (in %)

	Positiver Einfluss	Negativer Einfluss	Kein Einfluss feststellbar
Staatsduma	17	28	41
Regierung	41	10	17

Interpretation: Der positive Einfluss der Regierung auf die Wirtschaft wird nach Meinung der Befragten mit 41 % zweieinhalb Mal mehr positiv eingeschätzt als der Staatsduma mit 17 %. Mit 28 % halten 11 % mehr Menschen deren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik für negativ als positiv. Bei der Beurteilung der Prozentwerte ist allerdings zu berücksichtigen, dass nur die Hälfte der Befragten (45 bzw. 51 %) die Frage beantwortet hat. (Die Prozentsätze, die zu 100 % fehlen, beziehen sich auf diejenigen Personen, welche die Frage überhaupt nicht beantworten wollten.)

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher:

Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Forschungsbereich Osteuropa und internationale Beziehungen

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Birgitta Loehr
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
ad@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich viertel- und halbjährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 10.-16.11.2008

In dieser Nummer werden folgende Themen behandelt:

- Umsetzung der innenpolitischen Vorschläge Medwedews
- Gründung der wirtschaftsliberalen Partei „Rechte Sache“
- Aktivitäten der Silowiki
- Meinungsumfrage zu Medwedews Bericht zur Lage der Nation

Zusammenfassung

Innerhalb von neun Tagen nahm die Staatsduma die erste Lesung von drei Gesetzen vor, welche die verfassungsändernden Vorschläge von Präsident Dmitrij Medwedew, die er in seinem ersten Bericht zur Lage der Nation am 5. November gemacht hatte, umsetzt. Sie betreffen die Verlängerung der Amtsperiode des Präsidenten von vier auf sechs Jahre und die Prolongierung der Legislaturperiode der Staatsduma von vier auf fünf Jahre sowie die jährliche Rechenschaftslegung des Premiers vor der Staatsduma. Die zweite Lesung findet am 19. November statt und die vorgeschriebene dritte Lesung am 21. November.

Warum diese Eile? In Moskau kursieren zu ihrer Erklärung Gerüchte, dass Medwedew demnächst zurücktreten und Putin Platz machen werde für eine erneute Kandidatur als Präsident, diesmal für sechs bzw. wahrscheinlich zweimal sechs Jahre. Angesichts der Finanzkrise, die Russland hart getroffen hat und die sich inzwischen zu einer Wirtschaftskrise ausweitet, möchte Putin, der kein Ökonom ist und der sich im Amt des Regierungschef ohnehin nicht wohl fühlt, für deren Folgen von der russischen Bevölkerung nicht verantwortlich gemacht werden. Eine weitere Variante wäre, dass sich Putin auf das Amt des Staatsdumavorsitzenden zurückzieht.

Am 15. März löste sich die wirtschaftsliberale und scharf kremlikritische „Union rechter Kräfte“ selbst auf, um einen Tag später zusammen mit den beiden anderen liberalen Splitterparteien „Bürgerkraft“ und „Demokratische Partei Russlands“, die sich ebenfalls selbst auflösten, die neue Partei „Rechte Sache“ zu gründen. Zu den Co-Vorsitzenden wurden für vier Jahre der Berater von Anatolij Tschuibajs, der jetzige Generaldirektor der staatlichen Firma „Rosnano“, Leonid Gosman, der Vorsitzende des Verbandes für das kleine und mittlere Business „Geschäftiges Russland“ Boris Titow und der Chefredakteur von mehreren Wirtschaftszeitschriften Georgij Bowt gewählt. Die Partei will „Kapitalismus für alle“. Sie vertritt die Interessen des Mittelstands, der angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise aus seiner bisherigen politischen Passivität erwacht. Durch die Initiierung der neuen Partei will der Kreml verhindern, dass der Mittelstand von der Anti-System-Opposition politisch beeinflusst wird. Bei der nächsten Staatsdumawahl hofft die Partei auf mindestens fünf Prozent zu kommen – das wäre die Addition der bisherigen Wahlerfolge der drei Parteien -, eher aber auf acht Prozent.

Die Bildung eines russischen FBI aus dem Untersuchungskomitee bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem FSB, dem Innenministerium und dem Antidrogendienst ist angesichts der schwierigen Finanzlage inzwischen verschoben worden - trotz Billigung von Medwedew und Putin. Bei der Umsetzung der Militärreform macht das Verteidigungsministerium einen Schritt zurück, bevor es zwei Schritte nach vorn unternimmt.

Umsetzung der innenpolitischen Vorschläge Medwedews

Die von Präsident Dmitrij Medwedew in seinem ersten Bericht zur Lage der Nation am 5. November gemachten Vorschläge zu Veränderungen im russischen politischen Systems wurden sofort in Gesetzesform gegossen und bereits am 10. November vom Präsidenten in die Staatsduma eingebracht. Es handelt sich um die verfassungsändernden föderalen Gesetze zur Verlängerung der Amtsperiode des Präsidenten und der Legislaturperiode der Staatsduma (Gesetz Nr. 124578-5) und zur jährlichen Rechenschaftslegung des Premiers vor dem Parlament (Gesetze Nr. 124568-5 und 124588-5). Nach der Diskussion des Gesetzentwurfs im Parlamentsausschuss für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau unter der Leitung seines Vorsitzenden Wladimir Pligin ("Einiges Russland") fand am 14. November die erste Lesung statt. Die Gesetzesprojekte wurden angenommen. Die zweite Lesung ist für den 19. November vorgesehen und die dritte für den 21. November.

In der Plenardebatte am 14. November empfahl der Stellvertretende Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau, Viktor Iljuchin („Kommunistischen Partei der Russischen Fraktion“), bei einer Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre eine anschließende erneute Kandidatur des Amtsinhabers auszuschließen. Der Vorsitzende der Fraktion der „Liberaldemokratischen Partei Russlands“, Igor Lebedew, schlug vor, die Amtszeit des Präsidenten nicht nur auf vier, sondern gleich auf acht Jahre zu verlängern. Sein Vater Wladimir Schirinowskij, der zugleich Parteivorsitzender ist, wollte die Gelegenheit der Verfassungsänderung ausnutzen, denn seit ihrer Verabschiedung vor 15 Jahren ist bisher am russischen Grundgesetz nicht gerührt worden. Schirinowskij möchte die Amtsbezeichnung „Präsident“ in „Oberster Herrscher“ ändern. Außerdem soll der Begriff „multinationales Volk“ (Verfassungsartikel 3, As. 1) durch „russisches und andere Völker“ ersetzt werden. Und schließlich hätte er gern die Bezeichnung „Föderationssubjekt“ durch die Benennung „Region“ (kraj) ausgewechselt. Das Oberhaus, die parlamentarische Vertretung der Föderationssubjekte im Föderationsrat, möchte er gleich völlig abschaffen sowie die Anzahl der Abgeordneten im Unterhaus, der Staatsduma, um ein Drittel von 450 auf 300 reduzieren. Wenn Schirinowskij diese Vorschläge in seiner Funktion als einer der zehn Stellvertretenden Staatsdumavorsitzenden in der Plenardebatte machte, zeigt das nach Meinung des „Zentrums für die politische Konjunktur Russlands“, dass er nicht nur seine Ansichten wiedergibt, sondern dass dahinter einflussreiche Gruppen stehen.

Inzwischen erreichten den Vorsitzenden des Föderationsrats, Sergej Mironow, Briefe aus den Regionen, in denen die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre vorgeschlagen wird mit der Begründung, dass diese Änderung der politischen Stabilität in den Regionen nutzen würde. Die Briefe kamen von der Vorsitzenden des Regionalparlaments der Republik Komi, Marina Istichowskaja, und vom Vorsitzenden des regionalen Parlaments des Gebiets Orenburg, Dmitrij Kulagin. Bereits im vergangenen Jahr hatte Mironow im Vorfeld der Präsidentenwahl angeregt, die Amtsperiode des Staatsoberhauptes auf sieben Jahre zu verlängern. Die regionalen Parlamente sind bei einer Verfassungsreform wichtig, weil zwei Drittel von ihnen den verfassungsändernden föderalen Gesetzen zustimmen müssen.

Rücktrittsgerüchte

Diese Eile mit der Umsetzung von Medwedews verfassungsändernden Vorschlägen ließen verschiedene Gerüchte entstehen. Will Medwedew als Präsident zurücktreten und so den Weg frei machen für eine erneute Präsidentschaftskandidatur Putins, dieses Mal dann für sechs, oder wohl zweimal sechs Jahre? Bis die zu erwartende Zustimmung der regionalen Parlamente von mindestens 56 der insgesamt 83 Föderationssubjekten erfolgt ist, dürfte einige Zeit vergehen.

Wenn bei der Rücktrittsspekulation geblieben wird, könnte sich als Termin der Mai nächsten Jahres anbieten, an dem Medwedew ein Jahr im Amt ist oder vielleicht schon – ähnlich wie 1999 - der 31. Dezember dieses Jahres? Putin, der ohnehin keine große Freude an seinem neuen Amt hat, der angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem Ansehensverlust bei der Bevölkerung rechnen muss und der zudem kein Mann der Wirtschaft ist, könnte sich in das Präsidentenamt flüchten wollen. Ist mit diesem Szenario zu rechnen?

Der Staatsdumavorsitzende Boris Gryslow versuchte am 14. November mit seiner Erklärung zu beruhigen, dass die Verfassungsänderungen auf keine vorgezogenen Wahlen hinauslaufen, denn sie gelten erst für den nächsten Präsidenten und für die nächste Staatsduma. Alle bereits Gewählten würden für vier Jahre in ihren Ämtern bleiben.

Der Moskauer Politologe Dmitrij Oreschkin bewertete laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti die Verfassungsänderungen und Medwedews Kommentar dazu als äußerst suspekt. Die Eile, mit der diese angenommen werden, zeugen von "baldigen Veränderungen" in Russland, weil die Führung "Angst vor der heranrückenden sozialen Krise hat". "Vor dem Hintergrund des Ressourcenmangels werden sich die Konflikte in den Elitengruppen verschärfen", so Oreschkin. "Offenbar ist sich die Putin-Gruppe dessen bewusst, dass man außerordentliche Maßnahmen treffen muss. Möglich sind unter anderem der Rücktritt des Präsidenten, eine Auflösung des Parlaments und ein Ausnahmezustand." Es wäre zwar eine "Unart", offen zu sagen: "Wir haben das getan, damit Putin im Februar in den Kreml zurückkehrt". Ein festes Fundament für eine sechs- bzw. zwölfjährige Herrschaft des "kollektiven Putin" müsse aber heute schon her, so der Politologe.

Laut seinem Kollegen Andrej Okara hat aber der Kreml "vorerst noch kein Szenario für die Machtübergabe bzw. Transformation des jetzigen Status quo". Sowohl Medwedews Jahresbotschaft an das Parlament, in der er den Vorschlag zu einer Verlängerung der Amtszeit erstmals unterbreitete, als auch die ausweichende Haltung des Staatschefs beim Interview mit „Le Figaro“ zeugen von einer "ernsten Etappe des Kampfes innerhalb der Eliten".

In seinen Ausführungen vor dem Council of Foreign Relations am 16. November in Washington ging Medwedew in seiner Antwort auf die Frage der ehemaligen amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright ein. Seiner Meinung nach kann Russland nur als starke Präsidentialrepublik existieren. „Russland ist sehr groß, sehr kompliziert, besteht aus einer gewaltigen Anzahl von Föderationssubjekten, ist ein multikonfessionelles Land.“ In den „nächsten Jahren“, die Medwedew mit 30, 40 oder 50 Jahren definierte, brauche Russland ein „stabiles politisches System, das ein stabiles, starkes Parlament und eine starke präsidentiale Macht“ einschließe. Dabei müssten die Parlaments- und die Präsidentenwahlen zeitlich getrennt werden. „Deshalb lautet mein Vorschlag: fünf Jahre für die Staatsduma und sechs Jahre für den Präsidenten“, sagte Medwedew. Er schloss nicht aus, dass die neue Amtsdauer zukünftig wieder gekürzt werden könnte.

Zugleich räumte Medwedew ein: „Als Jurist kann ich nicht leugnen, dass wir bisher keinen effektiven Schutz der Eigentumsrechte und kein effektives Gerichtssystem geschaffen haben“. Beim Aufbau seines Gerichtssystems habe Russland nur erste Schritte getan. Dass dieses System noch unwirksam sei, sei eine Folge dessen, dass die Rechte in Russland seit Jahrzehnten missachtet worden seien. „Das ist ein großes Problem.“ Er verwies darauf, dass im russischen Parlament vor einigen Wochen ein Paket von Anti-Korruptions-Gesetzen eingebracht wurde, an dem seit fünf Jahren gearbeitet worden sei. „Ich verstehe, dass sich das Problem allein durch die Annahme eines Gesetzes nicht lösen lässt.“

Prognose: Einige politische Fingerzeige sind vielleicht Putins programmatischer Rede auf dem Parteitag von „Einiges Russland“ am 20. November zu entnehmen. Auf diesem Parteitag hätte die Machtpartei Gelegenheit, einen weiteren Vorschlag Medwedews, die Personalrotation in den Parteiämtern, durch die Änderung ihres Statuts in die Tat umzusetzen. Vielleicht kündigt Putin an, dass er sich auf das repräsentative Amt eines Staatsdumavorsitzenden zurückzieht.

Gründung der wirtschaftsliberalen Partei „Rechte Sache“

Am 15. November fand der letzte Parteitag der „Union rechter Kräfte“ (russische Abkürzung SPS) statt, auf dem sich die Partei selbst auflöste, um in der neuen wirtschaftsliberalen Partei „Rechte Sache“ aufgehen zu können. Nicht alle führenden SPS-Mitglieder waren mit der Selbstauflösung ihrer Partei einverstanden. Die kleine Gruppe der „Unversöhnlichen“, die vor allem aus der Moskauer SPS-Sektion kam, wurde von Maria Gajdar, der Tochter des Wirtschaftsreformers unter Jelzin und ehemaligem Ersten Stellvertretenden Premiers Jegor Gajdar, angeführt.

Ein Grund für die Auflösung der SPS ist nicht nur ihre überaus kremlkritische Position, sondern es sind auch ihre Schulden, die sich auf sieben Millionen Dollar belaufen. Der ehemalige SPS-Vorsitzende und Stellvertretende Premier Boris Nemzow wollte das Finanzargument für die Auflösung der Partei entkräften und erklärte, dass er Sponsoren gefunden habe, die bereit seien die Schulden der Partei zu begleichen. 97 der 108 Delegierten stimmten trotzdem für die Auflösung von SPS. Auch die anderen beiden liberalen Splitterparteien „Bürgerkraft“ (Vorsitzender Michail Barschtschewskij) und „Demokratische Partei Russlands“ (Vorsitzender Andrej Bogdanow) folgten dem Beispiel von SPS und lösten sich auf.

Der Gründungsparteitag der neuen Partei „Rechte Sache“, in der die drei Parteien aufgingen, fand einen Tag später, am 16. November in Moskau statt. An ihm nahmen 279 Delegierte aus 79 Föderationssubjekten teil. Zu Co-Vorsitzenden wurden Leonid Gosman, Boris Titow und Georgij Bowt für vier Jahre gewählt. Gosman wurde 1950 in Leningrad geboren und absolvierte 1976 die Fakultät für Psychologie der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität. 1983 promovierte er in Psychologie. In der Sowjetzeit lehrte er politische Psychologie an der Moskauer Universität. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde er 1992 Berater von Gajdar. 1993 war er ein Jahr in den USA, zuerst als Professor für Psychologie in Pennsylvania und dann als Fellow am International Center des Woodrow Wilson College in Washington. Von 1996 bis 1998 beriet er den damaligen Leiter der Präsidentialadministration, Anatolij Tschubajs. Ihm folgte er, als dieser Vorstandsvorsitzender von Russlands Strommonopolisten RAO JeES Rossii wurde. Zugleich wurde Gosman Mitglied der Führungsgremien der von Tschubajs mitbegründeten SPS. Nach der Auflösung von RAO JeES Rossii folgte Gosman Tschubajs als Berater, der Generaldirektor der neuen staatlichen Firma „ROSNANO“ wurde.

Ein weiterer Co-Vorsitzender ist Boris Titow. Der 47jährige absolvierte 1983 die Wirtschaftsfakultät des zum russischen Außenministerium gehörenden Moskauer „Instituts für internationale Beziehungen“. Zu Sowjetzeiten arbeitete er in staatlichen Außenhandelseinrichtungen. Dann ging er in die Wirtschaft. Er ist seit 2002 Vorstandsvorsitzender der Gruppe SVL, die darauf spezialisiert ist, Industrieinvestitionen zu leiten, vor allem im Bau von Häfen für Öl- und petrochemischen Produkte. Seit 2004 ist er Vorsitzender des Verbandes für das kleine und mittlere Business „Geschäftiges Russland“. Im Jahr 2006 wurde Titow zudem als Mitglied in die „Gesellschaftlichen Kammer“ gewählt.

Der dritte Co-Vorsitzende der neuen Partei ist Georgij Bowt. Er wurde 1960 in Moskau geboren und absolvierte 1982 die Historische Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität. 1986 promovierte er über die Geschichte der politischen

Parteien der USA. 1992 machte er seinen Magister an der Columbia University in New York. Seither arbeite er als Journalist und ist Chefredakteur einiger Wirtschaftszeitschriften.

Der Hauptgrund für die Ablehnung der Auflösung von SPS durch die „Unversöhnlichen“ war, dass die neue Partei, in welche die SPS aufging, im Kontakt mit dem Kreml steht. In ihrem Statut, das einstimmig angenommen wurde, setzt sich die Partei das Ziel, an der Festigung der Zivilgesellschaft und des demokratischen Rechtsstaats, der Realisierung des Prinzips des Föderalismus' und der kommunalen Selbstverwaltung mitzuwirken. Die Parole der Partei lautet „Kapitalismus für alle“. Das klingt so ähnlich wie „Wohlstand für alle“, das Motto Ludwig Erhards. Unter „Kapitalismus für alle“ werden laut Programm Demokratie, unternehmerische Freiheit, Ordnung, gerechtes Sozialsystem, moralische Prinzipien und humanitäre Werte verstanden.

Die neue Partei hofft bei den nächsten Parlamentswahlen nicht nur 5 % der Stimmen zu bekommen, die sich aus der Addition der Stimmenanteile der bisherigen drei liberalen Parteien ergeben, sondern vielleicht sogar 8 %. Vor diesem Hintergrund ist vielleicht auch der Vorschlag des Präsidenten in seinem Bericht zur Lage der Nation zu interpretieren, die Hürde für den Einzug in die Staatsduma auf 5 % zu senken. Die neue wirtschaftsliberale Partei „Rechte Sache“ dürfte zur politischen Interessenvertretung des kleinen und mittleren Business werden, dessen Förderung Dmitrij Medwedew wichtig ist.

Gosman hofft, dass sich eines Tages die andere wirtschaftsliberale Partei „Jabloko“ der neuen Partei anschließt. Auch wenn die Partei als ganze diesen Schritt zur Zeit noch nicht vollzieht, so erwartet er, dass dies einzelne Jabloko-Mitglieder tun.

In Russland gibt es keine Tradition von politischer Opposition. Zu Sowjetzeiten herrschte das ideologisch bedingte Denken vor: diesseits und jenseits der Barrikade. Jede Opposition zum Kreml wurde sofort zum Dissidententum und auch so behandelt. Die Opposition im neuen Russland hat nicht gelernt, dass man zur Politik des Kreml in vielen Fragen in Opposition stehen kann, ohne sofort in unversöhnliche Gegnerschaft zum gesamten politischen System gehen zu müssen. Und der Kreml ist nicht gewohnt, mit oppositionellen Kräften konstruktiv umzugehen, sondern stempelt sie sofort als Systemgegner ab.

Prognose: In wirtschaftlich schwierigen Zeiten nimmt die politische Aktivität des Mittelstands, der bisher eher passiv war, zu. Er will seine Interessen nun auch politisch vertreten. Durch die Gründung der neuen Partei will der Kreml verhindern, dass der Mittelstand von der Anti-System-Opposition beeinflusst wird. Die Wahlen in einer Reihe von Regionen im kommenden März werden ein erster Test für die neue Partei sein. Zu diesem Zweck muss sich die neue Partei sehr schnell einen Unterbau in den Regionen schaffen.

Aktivitäten der Silowiki

Der Leiter des Untersuchungskomitees bei der Generalstaatsanwaltschaft, Alexander Bastrykin, teilte vergangene Woche mit, dass die politische Entscheidung, eine Art russisches FBI zu schaffen, nicht ausgeführt werde. In dieses russische FBI sollten das Ermittlungskomitee, der FSB, das Innenministerium und der geheimdienstähnliche Antidrogendienst aufgehen. Dieses Vorhaben hat die Billigung sowohl von Medwedew als auch von Putin. Nun wurde seine Durchführung verschoben. Grund für die Verschiebung sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise. Die staatlichen Ausgaben müssen verringert werden. Wäre das russische FBI geschaffen worden, hätten dessen Mitarbeiter gut bezahlt werden müssen, sonst würden sie abwandern, wahrscheinlich in die Wirtschaft.

Diese gegenwärtige Aufgabe des ursprünglichen Vorhabens nutzte Bastrykin zu einem offensiven Auftreten. So konnte er erreichen, dass das Obersten Gericht die Untersuchungshaft von General Alexander Bulbow bis Mitte Dezember verlängerte, damit das Untersuchungskomitee mehr Zeit für das Finden von Belastungsmaterial hat. Bulbow war als Stellvertretender Leiter des Antidrogendienstes im vergangenen Oktober vom rivalisierenden FSB verhaftet worden.

Leiter des Antidrogendienstes war damals der Medwedew nahe stehende Generaloberst Wiktor Tscherkessow, der inzwischen abgelöst und zum Chef der weitgehend nur auf dem Papier stehenden „Föderalen Agentur für die Bestellung von Waffen, militärischer und Spezialtechnik sowie von Material“ (Rosoboronpostawka) ernannt wurde. Nun soll seine Agentur dem Verteidigungsministerium unterstellt werden, was Tscherkessows administratives Gewicht mindert und seine Freiheit einschränkt, Rüstungsgüter zu ordern.

Auch die Umsetzung der Militärreform wird versucht, weiter abzubremsen. Der Stellvertretende Verteidigungsminister und Staatssekretär Nikolaj Pankow erklärte, dass nicht vorgesehen sei, die Zahl der Militärhochschule zu verringern, dass sich aber alle Militärhochschulen unter das Dach von systembildenden Militärhochschulen zu begeben hätten. Wieder einmal wandte das Verteidigungsministerium bei Widerständen gegen die Militärreform seine Taktik an, einen Schritt zurückzugehen, aber dann doch zwei vorwärts. Die Zusammenlegung von Militärhochschulen wird zu einer Reduktion von Personal führen. Viele in den Regionen verteilte Militärhochschulen sollen sich unter der Begründung der Standardisierung der Ausbildung zu ihrer „Mutterhochschule“ vereinigen. Das hat zur Folge, dass der militärische Lehrkörper umziehen muss, wozu viele nicht bereit sein werden, weswegen sie dann den Dienst quittieren dürften.

In seiner kürzlich gehaltenen Rede auf einer erweiterten Sitzung des Verteidigungsausschusses der Staatsduma kündigte Generalstabschef Nikolaj Makarow an, dass in den nächsten drei Jahren 160.000 Offiziere den Militärdienst verlassen oder in die Reserve wechseln werden. Im Verlauf von einigen Jahren wird außerdem der Dienstgrad des Fähnrichs abgeschafft. Die Schulen zu deren Ausbildung werden schon in nächster Zeit geschlossen. In Armee und Flotte dienen zur Zeit 140.000 Fähnriche, aber nur 20.000 in Kampftruppen oder im Kampftraining.

Der für die Rüstungsindustrie zuständige Verteidigungsminister Sergej Iwanow kritisierte die Banken, auch die mit staatlicher Beteiligung, dass sie Verteidigungsbetriebe aus spekulativem Interesse kreditieren, was diese dann hindert, Rüstungsaufträge des Staates zu erfüllen. Nach Meinung des „Zentrums für die politische Konjunktur Russlands“ ist das möglicherweise der Beginn einer Medienkampagne zur Senkung des Bestellniveaus der Generalität.

Prognose: Es ist möglich, dass auf der in der Republik Udmurtien vorgesehenen nächsten Tagung des Staatsrats die geplanten Rüstungsprogramme angesichts der schwierigen finanziellen Situation zusammengestrichen werden.

Meinungsumfrage zu Medwedews Bericht zur Lage der Nation

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ (WZIOM) befragte am 8./9. November 1.600 Personen in 140 Siedlungen in 42 Föderationssubjekten. Die statistische Fehlerquote ist nicht höher als 3,4 %.

Wie schätzen Sie den Bericht des Präsidenten zur Lage der Nation ein? (in %)

Er rief bei mir ein Gefühl von Hoffnung und Begeisterung hervor	20
Er enthielt eine Reihe richtiger Gedanken und Vorschläge, aber ähnliche Vorschläge wurden schon früher gemacht und zeigten keine Wirkung	22
Mit den meisten Ideen, die der Präsident vortrug, bin ich nicht einverstanden	2
Alles, was der Präsident vortrug, interessiert mich nicht	2
Ich habe den Bericht nicht gehört	46
Schwer zu antworten	8

Interpretation: Fast die Hälfte der Befragten (46 %) hat den Bericht des Präsidenten zur Lage der Nation nicht gehört, was verständlich ist, denn Medwedew trug ihn an einem Mittwoch während der Mittagszeit (ab 12.00 Uhr) vor. Die andere Hälfte, die den Bericht gehört hat, ist zu weniger als der Hälfte (20 %) vom Bericht begeistert. Die knappe andere Hälfte (22 %) ist skeptisch. Sie findet die Gedanken ihres Präsidenten richtig, aber ähnliche Ideen sind schon früher einmal vorgetragen worden und haben zu nichts geführt.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher:

Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Forschungsbereich Osteuropa und internationale Beziehungen

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Birgitta Loehr
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
ad@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich viertel- und halbjährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 17.-23.11.2008

In dieser Nummer werden folgende Themen behandelt:

- Kongress der Machtpartei
- Putin als Krisenbekämpfer
- Setschin stärkt seine Position
- Verteidigungsministerium „verteidigt“ sich
- Meinungsumfrage zur Verfassungsänderung

Zusammenfassung

In der vergangenen Woche fand der X. Parteitag von „Einiges Russland“ statt, auf dem Präsident Dmitrij Medwedew mit einem kurzen Grußwort und Premier Wladimir Putin, der als Vorsitzender der Machtpartei immer noch nicht deren Mitglied (!) ist, mit einem langen Referat auftraten. Medwedew erinnerte angesichts der internationalen Finanzkrise und deren Folgen für das russische Bankensystem und die russische Wirtschaft daran, dass Russland laut Verfassung ein Sozialstaat ist. Der zweite Mann von „Einiges Russland“, der Staatdumavorsitzende Boris Gryslow, kündigte die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms an, das auf dem nächsten Parteitag verabschiedet werden soll. Die Ideologie der Partei definierte er als „russischen Konservatismus“ mit den Konstanten „Kultur, Sinn für geistige Werte, Patriotismus, Staatsmacht“.

Zwei Dinge, die von manchen auf dem Parteitag erwartet worden waren, traten nicht ein. Erstens kündigte Putin nicht seinen Rücktritt als Premier an, obwohl das bis zuletzt eine Arbeitsvariante war, was die Eile bei der Verabschiedung der verfassungsändernden Gesetze über die Verlängerung der Amtsperiode des Präsidenten um zwei auf sechs Jahre und die Prolongierung der Legislaturperiode der Staatsduma um ein Jahr auf fünf Jahre erklärt. Möglicherweise ist der Rücktritt Putins nur verschoben worden für den Fall, dass sein Rating rapide sinkt infolge der Auswirkungen der Finanzkrise.

Zweitens wurde kein neues Statut verabschiedet, durch das die zentralen Parteigremien „Höchster Rat“ und „Generalrat“ aufgelöst worden wären, deren Funktion und Bedeutung ohnehin schwer auseinander zu halten sind. Automatisch hätten dann auch die Führungsfiguren dieser Gremien ihre Parteiämter verloren wie z.B. Gryslow. Offensichtlich sollte in schwierigen Zeiten an bestehenden Strukturen nicht gerüttelt werden.

In seiner Parteitagsrede zur Krisenbewältigung kündigte Premier Wladimir Putin Sozialmaßnahmen an, so die Anhebung des Höchstsatzes des Arbeitslosengeldes von umgerechnet 43 auf 129 Euro. Im kommenden Jahr sollen die Arbeitsrenten um das Zweieinhalbfache steigen gegenüber diesem Jahr.

Zur Liquiditätsherstellung stellte der russische Staat bisher umgerechnet 145 Mrd. Euro den großen Banken zur Verfügung. Konteneinlagen werden von ihm bis zu umgerechnet 20.000 Euro garantiert, was 98,5 % aller Konten ausmacht. Die Mehrwertsteuer wird ab 1. Januar nächsten Jahres um 4 % gesenkt. Das kleine und mittlere Business erhält umgerechnet 860 Mio. Euro in Form von subventionierten Krediten für Investitionen in seine Infrastruktur.

Putin forderte die russische Wirtschaft auf, ihre Interessen „aggressiv“ zu vertreten. Sie soll sich in die Aktiva hochtechnisierter ausländischer Unternehmen einkaufen mit dem Ziel, Teile der Produktion nach Russland zu verlagern. Der russische Binnenmarkt, vor allem der Agrarmarkt, soll durch entsprechende Zolltarife geschützt werden. Besonders sollen außer der Landwirtschaft das Bauwesen, die Rüstungsindustrie, der Maschinenbau und der Energiekomplex unterstützt werden.

Kongress der Machtpartei

Auf dem X. Parteitag von „Einiges Russland“ trat am 20. November das Tandem auf: Präsident Dmitrij Medwedew zu einem Grußwort und Premier Putin zu einer längeren Rede vor den Delegierten sowie vielen in- und ausländischen Gästen. Medwedew erinnerte in seinem kurzen Begrüßungswort daran, dass Russland laut Verfassung ein Sozialstaat ist. Die wichtigste Aufgabe sei die „Überwindung der negativen Folgen der globalen Finanzkrise“. In dieser „nicht einfachen Periode wird der Staat seine sozialen Verpflichtungen gegenüber den Bürgern erfüllen“. Es sei nicht nur notwendig, die „errungenen sozialen Standards“ zu bewahren, sondern auch die „Bedingungen zu sichern, die für deren weiteres Wachstum erforderlich“ seien. Ferner wies er auf das von ihm initiierte spezielle Programm zur Vorbereitung von Verwaltungskadern für die Organe in allen Strukturen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hin.

Der zweite Mann bei „Einiges Russland“ mit dem Titel eines Vorsitzenden des Höchsten Parteirats, der Staatsdumavorsitzende Boris Gryslow, sprach in seinem Vortrag die Notwendigkeit an, das 2001 geschriebene Programm der Partei zu aktualisieren, damit es das „neue Niveau der Verantwortlichkeit der Macht“ widerspiegele. Zu diesem Zweck schlug er die Bildung einer Kommission zur Redaktion des neuen Programms der „größten Partei des Landes“ vor. Diese Idee werde bereits in den verschiedenen Klubs der Partei diskutiert. Auf dem nächsten Parteitag soll das Programm verabschiedet werden. Das neue Parteiprogramm soll der Umsetzung der „Strategie-2020“ dienen. Die internationale Finanzkrise streiche nicht die strategischen Aufgaben von der Tagesordnung: „Beschreiten des innovativen Wegs, Erhöhung der Lebensqualität, Stärkung der internationalen Position Russlands“.

Die „Ideologie der Partei“ - es muss immer eine Ideologie geben, offensichtlich ein Folge von 70 Jahre Sowjetsystem -, die Gryslow im Zentrum des politischen Spektrums ansiedelte, definierte er als „russischen Konservatismus“. „Konstanten“ dieses russischen Konservatismus sind nach Gryslow „Kultur, Sinn für geistige Werte, Patriotismus, Staatsmacht“. Zu den „sich verändernden Elementen“ des russischen Konservatismus zählte er die „Entwicklung der Wissenschaft, die Einführung neuer Technologien, die Erhöhung des Lebensstandards“. Er kündigte an, dass zur „Gesundung der Situation im Finanzsektor und in einigen Wirtschaftszweigen“ 30 neue Gesetze notwendig seien, die noch in diesem Herbst verabschiedet werden müssen. Er gab die Parole aus „Kauft Russisch!“.

Was geschah auf dem Parteitag nicht? *Erstens*: Nachdem am 21. November, nur 16 Tage (!) nach dem Vorschlag, von der Staatsduma die drei verfassungsändernden Gesetze mit 351 Ja-Stimmen und 57 Nein-Stimmen der 392 anwesenden Abgeordneten (78 % der 450 gewählten Abgeordneten, zwei Drittel waren erforderlich) verabschiedet worden sind, die den Vorschlag von Medwedew in seiner Botschaft zu Lage der Nation vom 5. November umsetzen, nämlich die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten um zwei auf sechs Jahre und der Legislaturperiode der Staatsduma um ein Jahr auf fünf Jahre sowie die jährliche Rechenschaftslegung des Premiers vor dem Parlament, hatten manche erwartet, dass Putin auf dem Parteitag seinen Rücktritt als Premier erklärt und ankündigt, dass er sich mehr der Parteiarbeit widmen werde. Zu den wichtigen Erklärungen auf Kongressen von „Einiges Russland“ gibt es Parallelen. Auf dem Parteitag im vergangenen Dezember beispielsweise kündigte Putin an, dass er Regierungschef werden wolle. Auf dem Parteitag im April ließ er sich zum Parteivorsitzenden wählen.

Wie bereits in früheren Ausgaben berichtet, fühlt sich Putin in seiner neuen Rolle als Premier und somit als Nummer 2 nicht wohl. Außerdem befürchtet er, dass sein Ansehen bei der Bevölkerung infolge der sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden könnte. Inzwischen werden nicht nur Mitarbeiter von Moskauer Banken, sondern auch von Auto- und Waggonfabriken und von Fahrstuhlbawerken in der Provinz entlassen.

Selbst wenn nur wichtige Minister entlassen würden, weil sie mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht fertig werden, würde dies das Ansehen des Premiers beschädigen. Möglichweise ist der Rücktritt Putins nur verschoben worden. Nach Auskunft des „Zentrums für die politische Konjunktur Russlands“ wurde der Rücktritt des Regierungschefs und - nach einer Pause - die Rückkehr Putins an die Spitze des Staates durch eine vorgezogene Präsidentenwahl als „Arbeitsvariante“ bis zum letzten Moment diskutiert. Das erklärt die Eile, mit der die verfassungsändernden Gesetze in der Staatsduma verabschiedet wurden. Damit sie in Kraft treten können, müssen sie vorher noch die Zustimmung von 75 % der Mitglieder des Föderationsrats und zwei Dritteln der regionalen Parlamente, also von mindestens 56, erhalten. Erst dann ist die Verfassung geändert. Das wäre das erste Mal seit ihrer Verabschiedung vor 15 Jahren.

Aus der Rede Putins auf dem Parteitag kann abgeleitet werden, dass er zumindest noch einige Zeit im Amt bleiben wird, um sein Anti-Krisen-Programm umsetzen zu können. Möglicherweise haben diejenigen Gruppen um Putin den Premier überredet, vorerst im Amt zu bleiben, denn ein neuer Regierungschef könnte die zur Bewältigung der Finanzkrise bereitgestellten Mittel nach anderen taktischen Gesichtspunkten verteilen, die für die jetzigen Gruppen um Putin nicht vorteilhaft wären.

Zweitens: Auf dem Parteitag wurde kein neues Statut verabschiedet, was ebenfalls erwartet worden war. So sollten die zentralen Parteigremien „Höchster Rat“ und „Generalrat“ aufgelöst werden, deren Funktionen und Bedeutung ohnehin schwer zu verstehen und auseinander zu halten sind. Automatisch hätten dann auch die Führungsfiguren dieser Gremien ihre Ämter verloren, angefangen von Gryslow über den Zivilverteidigungs- und Katastrophenschutzminister Sergej Schojgu bis zum Präsidenten der Republik Tatarstan, Mintimer Schojgu, und den Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow. Offensichtlich sollte in den inzwischen schwierigen Zeiten nicht an den Strukturen gerüttelt werden. Obwohl damit auch eine Empfehlung Medwedews umgesetzt worden wäre, die er am 5. November im Kreml gemacht hatte, in den Spitzenämtern der Parteien das Prinzip der Personalrotation einzuführen.

Lushkow hatte sich erst kürzlich den Vorschlägen von Schajmijew sowie seinem Präsidentenkollegen aus Baschkortostan, Murtasa Rachimow, und dem Gouverneur von Rostow am Don, Wladimir Tschub, angeschlossen, zu überlegen, ob nicht die Gouverneure wieder gewählt werden sollten. In seiner langen Pressekonferenz in Ishewsk sprach sich Medwedew am 18. November am Rande der in die Hauptstadt der Republik Udmurtien einberufenen Tagung des Staatsrats, dem der Präsident vorsitzt, eindeutig gegen die Wahl der Gouverneure aus, die von Putin 2004 abgeschafft worden war. Das weitestgehende Entgegenkommen in dieser Frage, zu dem Medwedew bereit war, hatte er in seiner Jahresbotschaft gemacht, nämlich dass die größte Fraktion des Regionalparlaments den Kandidaten dem Präsidenten empfiehlt, den er dann dem Regionalparlament zur Wahl vorschlägt.

Statt den Generalrat abzuschaffen, wurde er um die Sekretäre der regionalen Parteiorganisationen erweitert, welche das beste Ergebnis bei der Wahl Medwedews zum Präsidenten im März vorweisen konnten. Zudem wurden fünf vakante Stellen mit Sekretären von Regionen besetzt, in denen im kommenden Frühjahr Regionalwahlen stattfinden. Außerdem wurden die Kompetenzen der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission erweitert, die nun besser die regionalen Parteiorganisationen überwachen kann. Und schließlich wurde die Vereinigung mit der kleinen „Agrarpartei Russlands“, die anfangs als kommunistennah galt, weil ihr viele ehemalige Kolchosvorsitzende angehörten, durchgeführt, die bereits am 12. September von deren Vorsitzenden Wladimir Plotnikow angekündigt worden war. Diese Partei hatte in den südlichen Regionen Russlands ihr Elektorat, das jetzt an „Einiges Russland“ geht.

Prognose: Für die nächste Zeit wird die politische Situation in Russland wohl eingefroren bleiben, um die innenpolitische Stabilität zu wahren. Sollte das Rating des Premiers rapide sinken, dürfte er seinen Posten verlassen, was eine Welle von Rücktritten und Neuernennungen auslösen dürfte.

Putin als Krisenbekämpfer

In seiner Parteitage Rede erhob Premier Wladimir Putin die Verbesserung des Lebens der Menschen zum wichtigsten Ziel. Im Rahmen der nationalen Projekte „Gesundheit“ und „Bildung“ ist das System der Krankenversicherung zu reformieren. Ferner soll im Bildungsbereich ein „Netz von nationalen Forschungsuniversitäten“ gegründet, die Qualifikation der Lehrer angehoben und die Organisation der Vorschulerziehung verbessert werden. Vorsichtshalber wird er Höchstsatz des Arbeitslosengeldes von monatlich 1.500 Rubel (43 Euro) auf 4.500 Rubel (129 Euro) aufgestockt.

Bis Ende 2009 sollen die Sozialrenten durchschnittlich nicht unter dem Niveau des Existenzminimums der Sozialrentner liegen. Die normalen Renten sollen im kommenden Jahr durchschnittlich um das Zweieinhalbfache wachsen gegenüber diesem Jahr. In Zukunft soll die Rente nach 30 Jahren Arbeit nicht weniger als 40 % des Arbeitslohnes betragen.

Im Finanzbereich ist es laut Putin unbedingt notwendig, dafür zu sorgen, dass sich die russischen Unternehmen aus russischen Mitteln finanzieren. Zur Liquiditätssicherstellung hat der russische Staat bisher 5.000 Mrd. Rubel bereitgestellt (rund 145 Mrd. Euro). Mit der Gewährung der staatlichen Garantie für alle Kontoeinlagen bis zu 700.000 Rubel (20.000 Euro) werden 98,5 % aller Konten erfasst.

Ab dem 1. Januar nächsten Jahres werden die Mehrwertsteuern um 4 % gesenkt, was zu 400 Mrd. Rubel (11,4 Mrd. Euro) weniger Steuereinnahmen führt. Die Regionen können ihrerseits die Mehrwertsteuersätze um weitere 4 % senken. Weitere spezielle Steuererleichterungen betreffen das kleine und mittlere Business. Es erhält 30 Mrd. Rubel (860 Mio. Euro) in Form von subventionierten Krediten zur Entwicklung seiner Infrastruktur. Schließlich forderte Putin dazu auf, das Business von den administrativen Barrieren zu befreien.

Der dritte Aufgabenbereich betrifft die russische Wirtschaft, die ihre Interessen „aggressiv“ vertreten sollen, wobei Putin „aggressiv“ im „guten Sinne“ verstanden wissen wollte, ohne dazu Genaueres zu sagen. Er regte an, in die Aktiva hochtechnisierter ausländischer Unternehmen einzusteigen mit dem Ziel, Teile von deren Produktion zum gegenseitigen Vorteil nach Russland zu verlagern. Ferner soll der russische Binnenmarkt, vor allem der Agrarmarkt, durch entsprechende Zolltarife geschützt werden.

Russland soll der WTO beitreten, der Moskau 1 Mrd. Dollar für Länder spendet, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden. Belarus erhält seinen Kredit in Höhe von 2 Mrd. Dollar. Außerdem bekommen China und Indien Kredite, um mit ihnen russische Waren kaufen zu können.

In besonderem Maße sollen das Bauwesen, die Rüstungsindustrie, die Landwirtschaft, der Maschinenbau und der Energiekomplex unterstützt werden. Ab 1. Januar nächsten Jahres werden die Steuern gesenkt bei der Erschließung neuer Lagerstätten auf der Jamal-Halbinsel, im Autonomen Bezirk der Nenzen, im Kaspischen Meer und im Arktishelf. Die Subventionen für die vom Bankrott bedrohten Rüstungsbetriebe werden erhöht in einer Größenordnung von 50 Mrd. Rubel (1,4 Mrd. Euro).

Prognose: In den Antikrisenmaßnahmen Putins ist das soziale Element nicht zu übersehen. Generell ist zu bedenken, dass der Reservefonds ein Volumen von 96 Mrd. Euro hat, dessen Mittel bei einem jähen Preisverfall von Öl genutzt werden können. Der Wohlfahrtsfonds, dessen Mittel zur Lösung künftiger

Probleme bei der Rentenversorgung eingesetzt werden können, hat einen Bestand von 33 Mrd. Euro. Wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin anhält in Russland, werden diese beiden Fonds, die in den letzten Jahren mit den Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport gespeist wurden, bald aufgebraucht sein. Woher nimmt dann die russische Regierung die Mittel zur Krisenbekämpfung?

Setschin stärkt seine Position

Der Stellvertretende Premier Igor Setschin schrieb einen Brief an Präsident Dmitrij Medwedew, in dem er Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow beschuldigt, die Bildung der „Vereinigten Schiffsbaugesellschaft“ hinauszuzögern. In diese neue staatliche „Vereinigte Schiffsbaugesellschaft“ sollen elf Betriebe eingehen, die dem Verteidigungsministerium unterstehen. Setschin ist an der Regierungsspitze für die Industrie, allerdings nicht für die Rüstungsindustrie, zuständig.

Die „radikalen Silowiki“, als deren Anführer Setschin gilt, wollen ihren Einfluss ausweiten. Setschin ist Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen Ölgesellschaft „Rosneft“ und nun auch der „Vereinigten Schiffsbaugesellschaft“ sowie Aufsichtsratsmitglied des neuen Konzern für den Stromimport „Inter RAO JeES“. Im Ranking der hundert wichtigsten russischen Politiker, das monatlich von der Zeitung „Nesawissimaja gazeta“ durch Befragung von Experten erstellt wird, rangierte Setschin im Oktober auf Platz 4 (September Platz 6) nach Putin (Platz 1), Medwedew (Platz 2) und dem ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration Wladislaw Surkow (Platz 3).

Setschin gilt als der engste Vertraute Putins. Aber er kann sich in der Frage der raschen Bildung der „Vereinigten Schiffsbaugesellschaft“ nicht voll auf Putin verlassen, denn der Verteidigungsminister untersteht direkt dem Präsidenten, obwohl Serdjukow auch zur persönlichen Klientel Putins gehört.

In Moskau wird angeblich überlegt, den Gouverneur des Gebiets Moskau, Boris Gromow, zu entlassen. Nach den jüngsten Äußerungen des Moskauer Oberbürgermeisters Jurij Lushkow bezüglich der Wiedereinführung der Wahl der Gouverneure wird überlegt, ihn ebenfalls abzulösen. Neuer Gouverneur des Gebiets Moskau könnte der Stellvertretende Premier Sergej Sobjanin werden, der von 2001 bis 2005 Gouverneur des Erdölgebiets Tjumen war, bis er von Putin zum Leiter der Präsidentialadministration ernannt wurde. Sobjanins Aufgabe wäre es dann, die beiden Föderationssubjekte, die Stadt Moskau und das Gebiet Moskau, zu einem Föderationssubjekt zu verschmelzen.

Die Ablösungsgerüchte werden von Setschin gestreut, denn er möchte den Konkurrenten Sobjanin von der Regierungsspitze vertreiben und dessen jetzige Tätigkeit übernehmen, die Leitung des Regierungsapparats. Seit 1991 bewachte Setschin das Vorzimmer Putins, zuletzt von 2000 bis 2008 als Kanzleichef Putins im Rang eines Stellvertretenden Leiters der Präsidentialadministration. Doch Sobjanin betrachtet die Ernennung zum Gouverneur als Degradierung.

Auch am Stuhl der Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung, Elvira Nabiullina, wird gesägt. Ihr Nachfolger soll der Direktor der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Regierungsapparats, Andrej Beloussow, werden, der auf Setschin ausgerichtet ist. Setschin arbeitet außerdem daran, das administrative Gewicht seines Visavis im Energiebereich zu mindern, des Vorstandsvorsitzenden von Gazprom Alexej Miller. In letzter Zeit war Miller mehrmals auf Initiative Setschins von der Liste der Delegationsmitglieder gestrichen worden, die Putin und Medwedew auf offiziellen Reisen begleiten.

Prognose: Die radikalen Silowiki dürften fortfahren, ihre Position zu stärken. Der Premier wird wohl zur Zeit nicht bereit sein, in seiner nächsten Umgebung personelle Änderungen vorzunehmen, denn er möchte nicht durch die

Aufnahme neuer Personen als Vertreter weiterer Elitegruppen die Balance an der Regierungsspitze, die er kontrolliert, dadurch stören lassen.

Das Verteidigungsministerium „verteidigt“ sich

Am 21. November wurde bekannt, dass eine Reihe von Spitzenvertretern des Verteidigungsministeriums in die Provinz fahren, um die Militärreform zu erklären. (Über die Militärreform wurde in Nr. 38 berichtet.) Diese Aufgabe übernehmen Stellvertretende Verteidigungsminister und Mitglieder des Kollegiums des Verteidigungsministeriums. Der Mangel an präziser Information und die mangelnde Klarheit über die Zukunft der Offiziere in den Garnisonen macht nervös und demoralisiert die Armee, denn das Offizierskorps soll von 335.000 auf 150.000 verkleinert werden.

Ein heißes Eisen ist der Nachschubbereich der Armee, der seit zehn Jahren von Armeegeneral Wladimir Issakow im Range eines Stellvertretenden Verteidigungsministers geleitet wird. Dies war der einzige große Bereich im Verteidigungsministerium, der bisher von der Reform nicht berührt worden ist. Am 20. November wurde bekannt, dass Issakow zurücktreten wird. Er hatte sich bisher Serdjukow gegenüber loyal verhalten und sich nicht der Generalsfronde unter dem ehemaligen Generalstabschef Jurij Balujewskij angeschlossen.

Prognose: Es kann davon ausgegangen werden, dass Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow die Militärreform konsequent durchführen wird, ohne Rücksicht auf Widerstände oder Loyalitäten.

Meinungsumfrage zur Verfassungsänderung

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ (WZIOM) befragte am 15./16. November 1.600 Personen in 140 Siedlungen in 42 Föderationssubjekten. Die statistische Fehlerquote ist nicht höher als 3,4 %.

Wie beurteilen Sie den Vorschlag Dmitrij Medwedews, die Amtsperiode des Präsidenten und die Legislaturperiode der Staatsduma zu verlängern? (in %)

Unterstützte das voll und ganz	23
Unterstützte das weitgehend	33
Unterstützte das weitgehend nicht	17
Unterstützte das überhaupt nicht	12
Schwer zu antworten	15

Interpretation: Nur etwas mehr als die Hälfte (56 %) der Befragten unterstützen die Verfassungsänderungen bezüglich der Verlängerung der Amtsperiode des Präsidenten und der Legislaturperiode der Staatsduma. Ein knappes Drittel ist dagegen (29 %).

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher:

Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Forschungsbereich Osteuropa und internationale Beziehungen

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Birgitta Loehr
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
ad@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich viertel- und halbjährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 24.-30.11.2008

In dieser Nummer werden folgende Themen behandelt:

- Putins Einmischung in die Außenpolitik
- Parteitag der Kommunistischen Partei
- Verteidigungsministerium erneut im Focus
- Meinungsumfrage zur NATO- und EU-Mitgliedschaft der Ukraine

Zusammenfassung

In seiner Rede auf der internationalen Menschenrechtskonferenz am 24. November in St. Petersburg äußerte sich Premier Wladimir Putin ausführlich zu außenpolitischen Fragen und griff damit in die politische Zuständigkeit des Präsidenten ein. Nachdem vor zwei Wochen die Staatsduma in kürzester Zeit drei verfassungsändernde Gesetze verabschiedet hatte, welche unter anderem die Verlängerung der Amtsperiode des Präsidenten vorsehen, war schon spekuliert worden, ob nicht Präsident Dmitrij Medwedew

zurücktritt und damit den Weg frei macht für vorgezogene Präsidentschaftswahlen, bei denen Putin erneut kandidiert.

In St. Petersburg griff Putin Medwedews Vorschlag auf, einen Vertrag über die Bildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu schließen, der auch die USA und Kanada mit einschließt. Nachdem der Präsident diesen Vorschlag Anfang Juni in Berlin erstmals der Öffentlichkeit unterbreitet hat, präzisierte er ihn fünf Monate später in Evian. Putin spitzte nun ein dort von Medwedew vorgestelltes Vertragselement dahingehend zu, dass keine Entwicklung und Erweiterung von Militärbündnissen auf Kosten

anderer Vertragsteilnehmer vorgenommen werden soll. Diese Aussage zielt gegen die NATO, die in Moskau psychologisch-politisch immer noch als Feind angesehen wird. Mit der Aufnahme der Ukraine in die NATO würde eine rote Linie überschritten, die der Kreml selbst gezogen hat, denn zum ersten Mal würde ein GUS-Staat Mitglied der Allianz. Moskau würde als Reaktion darauf versuchen, die Krim und den Ostteil des Landes aus der Ukraine herauszulösen.

Eine Woche nach dem Kongress der Machtpartei „Einiges Russland“ führte die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) ihren Parteitag durch. Wie „Einiges Russland“ änderte die KPRF nicht ihr Statut und kam damit nicht dem Vorschlag Medwedews nach, die Rotation des Parteiführungspersonals einzuführen. Wie „Einiges Russland“ wurde die Überarbeitung des Parteiprogramms beschlossen. Dessen Entwurf erwartet den Übergang zu einem neuen Sozialismus im 21. Jahrhundert. Die Sozialdemokratisierung der Partei wurde strikt abgelehnt.

Die Partei sorgt sich darüber, wie sie die Jugend gewinnen kann. Der für vier Jahre wiedergewählte Chef der größten Oppositionspartei warnte vor dem Eindringen von Einflussagenten des Kreml in die Partei. Die KPRF erklärte sich bereit, zwecks Beteiligung an der Macht einer „zeitweiligen Union mit nichtkommunistischen Kräften“ zuzustimmen, auch mit dem Tandem Medwedew-Putin.

Aus Protest gegen die Streitkräftereform nahmen der Chef des militärischen Geheimdienstes GRU, Armeegeneral Valentin Karabelnikow, der Leiter des militärischen Nachschubs, der Stellvertretende Verteidigungsminister Armeegeneral Wladimir Issakow, und der Leiter des Zentralen Kommandopunkts der Streitkräfte, Generalleutnant Wladimir Goschkoder, ihren Abschied. Sechs Leiter aus dem Generalstab werden folgen. Generalstabschef, Armeegeneral Nikolaj Markarow, verbot per Direktive die Verbreitung

von Mitteilungen über den Verlauf der Streitkräftereform, über daraus entstandene Probleme und über die Stimmung in den Streitkräften.

Putins Einmischung in die Außenpolitik

Am 24. November sprach Premier Wladimir Putin auf der internationalen Menschenrechtskonferenz in St. Petersburg. Diese Konferenz wurde von der Parlamentarischen Versammlung der GUS und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes organisiert anlässlich des 140. Jubiläums der St. Petersburger Erklärung von 1868, die damals auf Initiative Russlands zustande kam und die den Einsatz bestimmter Munition im Krieg verbot. In seiner Rede äußerte sich Putin zu verschiedenen außenpolitischen Fragen, die eigentlich in die Kompetenz des Präsidenten fallen. Er griff den Vorschlag von Präsident Dmitrij Medwedew auf, einen Vertrag über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem abzuschließen, und bezog sich dabei namentlich auf ihn.

In Berlin hatte Medwedew am 5. Juni in seiner Rede im Hotel Intercontinental vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik diesen Vorschlag erstmals unterbreitet. Es sollte ein juristisch verbindlicher Vertrag sein. Auf einem gesamteuropäischen Gipfel wäre darüber nachzudenken, der zugleich den Start für die Ausarbeitung eines solchen Vertrags bilden könnte. An einem solchen Gipfel sollten alle Staaten – Medwedew fügte hinzu „absolut alle Staaten Europas“ – in ihren nationalen Eigenschaften teilnehmen. Sie sollten „ihre Block- und sonstigen Gruppeninteressen vor der Tür lassen“. Ausgangspunkt sollten für alle bei den Verhandlungen – wie Medwedew vor einem halben Jahr in Berlin weiter ausführte – die „nackten nationalen Interessen sein, unbeeinflusst von irgendwelchen ideologischen Erwägungen“.

In seiner Rede vor der World Policy Conference am 8. Oktober im französischen Evian präzisierte Medwedew seinen Vorschlag. Es soll ein integriertes, solides und umfassendes Sicherheitssystem geschaffen werden, das allen die gleiche Sicherheit bietet ohne Zonen mit einem gesonderten Sicherheitsstandard. Es soll die gesamte euroatlantische Region konsolidieren mit den gleichen Spielregeln. Und es soll stabile und in rechtlich verbindlicher Form gemeinsame Sicherheit für viele Jahre garantieren.

Folgende fünf Festlegungen sollte der Vertrag enthalten: *Erstens*: Die Prinzipien für die Sicherheit und die zwischenstaatlichen Beziehungen im euroatlantischen Raum, die auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen basieren, vor allem die Respektierung der Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Staaten. *Zweitens*: Die Anwendung von Gewalt und die Drohung mit dieser in den internationalen Beziehungen ist unzulässig. Der Vertrag könnte ein einheitliches Vorgehen zur Abwendung und friedlichen Regelung von Konflikten in der euroatlantischen Region vorsehen. *Drittens*: Es soll gleiche Sicherheit für alle garantiert werden. Dazu formulierte Medwedew drei No's: Keine eigene Sicherheit auf Kosten anderer. Keine Aktionen von Militärallianzen oder Koalitionen, welche die Einheit des Raumes der gemeinsamen Sicherheit unterminieren. Keine Entwicklung von Militärbündnissen, welche die Sicherheit von anderen Vertragsteilnehmern bedrohen. *Viertens*: Kein Staat und keine internationale Organisation haben das exklusive Recht, Sicherheit und Stabilität in Europa aufrecht zu erhalten, auch nicht Russland. *Fünftens*: Es wäre gut, wenn grundlegende Rüstungskontrollparameter vereinbart werden könnten und vernünftige Grenzen für die Rüstungsproduktion. Es müssen neue Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen Massenvernichtungsmittel, Terrorismus und Drogenschmuggel gefunden werden.

Nun griff Putin am vergangenen Montag das Thema der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf, konkret das dritte Vertragsselement, das der Präsident in Evian vorgeschlagen hatte. Das dritte „No“ Medwedews formulierte Putin konkreter: „Keine Entwicklung und Erweiterung von Militärbündnissen auf Kosten

anderer
Vertragsteilnehmer.“

An diesen Äußerungen Putins sind zwei Momente bemerkenswert: *Erstens*: Putin äußerte sich in St. Petersburg zur Außenpolitik – nicht nur zum gesamteuropäischen Sicherheitssystem - und griff damit in die politische Domäne des Präsidenten ein. Nach der überschnellen Verabschiedung der drei verfassungsändernden Gesetze durch die Staats-

duma, welche unter anderem die Amtszeit des Präsidenten verlängern, war ohnehin über einen Rücktritt Medwedews und eine erneute Präsidentschaftskandidatur Putins spekuliert worden.

Zweitens: Die Zuspitzung des dritten „No's“ Medwedews macht deutlich, worum es Putin geht: Um die Verhinderung der Aufnahme von Georgien und vor allem der Ukraine in die NATO. Dahinter steht in Moskau politisch-psychologisch das alte Feindbild NATO. Die Weiterexistenz der NATO erinnert die politische und militärische Elite in Moskau ständig daran, dass die Sowjetunion/Russland den Kalten Krieg verloren hat. Die Beteiligung Russlands am reformierten NATO-Russland-Rat hat das NATO-Bild in Moskau nicht wirklich geändert, denn dieser Rat bedeutet dem Kreml nicht viel, wie von russischer Seite zu hören ist.

Mit der Aufnahme der Ukraine in die NATO wird eine rote Linie überschritten, die der Kreml nach seinen eigenen Aussagen gezogen hat, denn es würde das erste Mal ein GUS-Staat dem Bündnis beitreten. Die Ukraine mit 46 Mio. Einwohnern ist der größte Staat Europas mit rein europäischem Territorium. Zudem wird ein Großteil der russischen Rüstungsgüter in Zusammenarbeit mit hochtechnisierten ukrainischen Werken hergestellt, was nach einem NATO-Beitritt der Ukraine nicht mehr möglich wäre.

Wenn der Kreml einen NATO-Beitritt der Ukraine hinnehmen würde, abgesehen von ablehnender Rhetorik, würde er sein Gesicht gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber dem Westen verlieren. Deshalb wird sich Moskau gezwungen sehen, auf einen NATO-Beitritt der Ukraine zu reagieren. Diese Reaktion dürfte nicht nur in der Kündigung des Freundschafts-, Kooperations- und Partnerschaftsvertrags mit der Ukraine von 1997 bestehen, dessen Geltung am 13. Oktober 2008 um weitere zehn Jahre automatisch verlängert worden war. Denkbar wäre auch, dass die Russen auf der Krim, die mehrheitlich die dortige Bevölkerung stellen (58,5 %), die Rückkehr der Halbinsel nach Russland fordern. (Erst 1954 hatte der damalige Parteichef Nikita Chruschtschow die Halbinsel an die Ukraine anlässlich des dreihundertjährigen Jubiläums der Unterstellung der ukrainischen Kosaken durch ihren Hetman Bogdan Chmelniczkyj unter den russischen Zaren zurückgegeben.) Das Regionalparlament der heute schon Autonomen Region Krim könnte die Loslösung der Krim von der Ukraine beschließen und vom Kreml die Eingliederung in Russland erbitten. Da viele Russen auf der Krim schon heute russische Pässe besitzen dürften, obwohl die ukrainische Gesetzgebung eine doppelte Staatsbürgerschaft ausschließt, könnte sich Russland im Falle einer Loslösung der Krim von der Ukraine genötigt sehen, seinen Staatsbürgern zur Hilfe zu kommen. Durch die in Sewastopol auf der Krim stationierten russischen Schwarzmeerflotte sind schon 12.000 russische Soldaten vor Ort.

Prognose: *So wie die Sowjetunion ihre Idee einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) permanent propagiert hat, bis es zur Schlussakte von Helsinki 1975 kam, so wird wohl auch Russland seinen Vorschlag eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems weiter verfolgen. 1975 gelang es dem Westen, seine Vorstellungen in die Schlussakte mit einzubringen (Korb 3 über die Menschenrechte), deren Umsetzung im Osten wesentlich zum Zusammenbruch der kommunistischen Regime beigetragen hat. Es könnte nützlich sein, auf den Vorschlag Medwedews von Seiten des Westens zu*

Partners For Public Affairs

Russland - Ukraine - Belarus - Kasachstan | EU

reagieren, vielleicht auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2009 oder auf dem NATO-Gipfel anlässlich des 60. Gründungstags der Allianz im April 2009. Die Haltung Russland gegenüber dem Westen wird nicht unwesentlich durch das Verhalten des Westens gegenüber Russland bestimmt. Der Zeithorizont, der dabei zu beachten ist, ist das Jahr 2012, das reguläre Ende von Medwedews (erster?) Amtszeit.

Kongress der Kommunistischen Partei

Nach der Machtpartei „Einiges Russland“ führte eine Woche später die größte Oppositionspartei, die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ (KPRF), in Moskau

ihren 13. Parteitag durch. In der Staatsduma stellt die KPRF mit 57 Abgeordneten (12,67 %) nach „Einiges Russland“ die zweitgrößte Fraktion vor der „Liberaldemokratischen Partei Russlands“ von Wladimir Shirinowskij mit 40 Deputierten (8,89 %) und der Fraktion „Gerechtes Russland“ mit 38 Abgeordneten (8,44 %). Einer der zehn Stellvertretenden Staatsdumavorsitzenden ist der Stellvertretende KPRF-Vorsitzende Iwan Melnikow.

Entgegen den Personalrotationsempfehlung von Präsident Dmitrij Medwedew wurde Parteichef Gennadij Sjuganow, der seit ihrer Gründung als russische Partei (nach dem Verbot der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ durch Boris Jelzin wegen der Durchführung des Putsches am 19. August 1991) die Partei leitet, für vier Jahre wiedergewählt.

In die Ideologie der Partei passt – wie die internationale Finanzkrise Sjuganow zeigt - das vorausgesagte Scheitern des „kapitalistischen Marktwirtschaftsmodells“. Der Wechsel zu den sozialistischen Formen des Aufbaus und der Entwicklung der Gesellschaft sei, so Sjuganow in seiner Rede, unausweichlich. Das Tandem Medwedew-Putin bewege sich auf dünnem Eis und balanciere „zwischen dem Häuflein reicher Veruntreuer von Staatseigentum und den Interessen der übrigen Gesellschaft“. Die KPRF solle die „gegenwärtige Macht weiter über das dünne Eis jagen“. Früher oder später werde sie „einbrechen müssen“. Wann dieser Moment des Einbruchs im dünnen Eis kommt, könne nicht vorausgesagt werden. Sjuganow zitierte dabei Bismarck: „Revolutionen sind die Folge rücksichtsloser und permanenter Missachtung der Erwartungen des größten Teils der Bevölkerung.“

Die sozialdemokratische Variante lehnte Sjuganow für die KPRF strikt ab, denn sie sei nicht in der Lage, die Ziele zu erreichen, derentwegen die KPRF gegründet worden sei. Er plädierte für die Verstaatlichung der nationalen Banken und der strategischen Industriebetriebe sowie für die Festsetzung der Preise für die Konsumgüter.

Die KPRF sorgt sich, wie sie die Jugend gewinnen kann. Von den 342 Parteitagsdelegierten waren, laut „Kommersant“, 106 zwischen 50 und 60 Jahren alt und 113 zwischen 60 und 70 Jahren. Die Partei bemüht sich um Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Zu ihrer sozialen Basis zählen die organisierten Kommunisten die Arbeiter, die Bauern, die Militärdienstleistenden, die „wissenschaftlich-technische, aber nicht die schöpferische Intelligenz“, die „kleinbürgerliche Zwischenschicht der kleinen und mittleren Unternehmen“ sowie das „Büroproletariat“.

Sjuganow rief zur „Festigung der Einheit der Partei“ auf. Es müsse über ein „System der inneren Einheit der KPRF“ nachgedacht werden, denn es bestünde die Gefahr, dass die staatliche Macht in die Partei „fremde Elemente“ einschleuse, nicht nur als „einfache Provokateure, sondern als Einflussagenten“.

Der Kongress änderte ebenso wenig wie „Einiges Russland“ die Statuten der Partei, um das Rotationsprinzip in den Führungsämtern einzuführen. Stattdessen wurde beschlossen, ein neues Parteiprogramm auszuarbeiten, ebenso wie „Einiges Russland“. Der

Programmentwurf stellt fest, dass in Russland der Kapitalismus restauriert wurde, prognostiziert aber den Übergang zu einem neuen Sozialismus im 21. Jahrhundert.

Die organisierten Kommunisten verfügen noch über ein beachtliches Wählerpotential in den Regionen. Bei den jüngsten Wahlen zu den regionalen Parlamenten am 12. Oktober dieses Jahres erhielt die KPRF – trotz Einsatzes der administrativen Ressourcen

zugunsten von „Einiges Russland“ – im Gebiet Sachalin 23,08 %, in der Region Transbaikal 13,41 % und im Gebiet Irkutsk 13,25 %. Schlecht schnitt sie mit 3,47 % im Gebiet Kemerowo und mit 0,33 % in Tschetschenien ab.

Der Kongress rief die Partei auf, angesichts der Wirtschaftskrise nicht zu versäumen, „den massenweisen sozialen Protest reifen zu lassen“. Wenn es für die Beteiligung an der Macht nötig sei, werde die KPRF auch „einer zeitweiligen Union mit nichtkommunistischen Kräften zustimmen“, z.B. „mit dem Tandem Medwedew-Putin“.

Prognose: Infolge der Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Situation dürften die Aktivitäten der Parteien zunehmen. Die Kommunisten könnten versucht sein, diese schwierige Situation politisch auszunutzen im Sinne einer gewissen Radikalisierung ihrer Positionen. Auf der anderen Seite könnte sich vielleicht die Regierung angesichts von möglichen Massenprotesten gezwungen sehen, Kommunisten in die Regierung mit aufzunehmen, wozu diese sich für eine gewisse Zeit auf dem Parteitag schon bereit erklärt haben.

Das Verteidigungsministerium erneut im Focus

Die Unzufriedenheit mit der Militärreform, über die schon mehrmals berichtet wurde, zeigt sich immer deutlicher an der Spitze des Verteidigungsministeriums. So hat nach Meldung der Zeitung „Kommersant“ Armeegeneral Valentin Karabelnikow um seine Entlassung nachgesucht. Seit elf Jahren leitet Karabelnikow den militärischen Nachrichtendienst GRU. Auch der Stellvertretende Verteidigungsminister und Leiter des militärischen Nachschubs (Logistik), Armeegeneral Wladimir Issakow, der Leiter des Zentralen

Kommandopunktes der Streitkräfte, Generalleutnant Wladimir Goschkoder, sowie sechs Leiter aus der Hauptverwaltung des Generalstabs werden höchstwahrscheinlich zurücktreten.

Der Stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Michail Babitsch („Einiges Russland“), kritisierte die Militärreform von Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow. Außer „schwierigen Sequester sind bis jetzt keine wirtschaftlichen Berechnungen der Reform vorgenommen worden, keine Analyse der Erfahrungen anderer Staaten mit ihren Militärreformen, aber vor allem, keine seriöse Begründung der vorgenommenen Veränderungen“ vorgelegt worden.

Um den Unmut in der Generalität und im Offizierskorps unter Kontrolle zu bekommen, gab Generalstabschef, Armeegeneral Nikolaj Makarow, eine Direktive „Über die nicht erlaubte Verbreitung von Mitteilungen über die Streitkräftereform“ heraus. Diese Direktive verbietet die Verbreitung von Mitteilungen über den Verlauf der Reform, über entstandene Probleme und über die Stimmung in den Streitkräften.

In einem „Offenen Brief“ an das „Staatsoberhaupt und die Bürger Russlands“ forderte die KPRF-Fraktion die Entlassung von Verteidigungsminister Serdjukow. Die Streitkräftereform bezeichnet sie als teuer und nicht durchdacht.

Am 24. November wurde Dmitrij Tschuschkin zum Stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. Tschuschkin kommt wie Serdjukow aus dem Föderalen Steuerdienst und war dort früher der Stellvertreter Serdjukows an der Spitze dieser Behörde. Tschuschkin soll nun die Informationstechnologie und das Kommunikationswesen verbessern. Bisher war dafür im Ministerium Oleg Eskin zuständig, ein FSB-Offizier, der erst im vergangenen Jahr zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt worden war. Während des Georgienkriegs hatte sich gezeigt, in welchem schlechtem Zustand sich die militärischen Kommunikationsmittel befinden. Welche neue Verwendung Eskin bekommt, ist noch offen. Wegen der schlechten Informationspolitik während des Georgienkriegs war im September schon der Pressesprecher des

Verteidigungsministeriums, Ilschat Bajtschurin, entlassen worden, auch ein Protegé Serdjukows. Entlassen wird auch Leonid Sorokko, der für das militärische Bauwesen zuständig ist.

Prognose: *Der Kampf um die Streitkräftereform könnte sich verschärfen. Es ist durchaus möglich, dass weitere Rücktritte das Verteidigungsministerium veranlassen, mit der Generalität einen Kompromiss zu finden. Die Reduzierung*

des Militärbudgets ist unvermeidlich, die zur weiteren Verkleinerung der Armee und zu Abstrichen am Sold der Militärdienstleistenden führen dürfte.

Meinungsumfrage zur NATO- und EU-Mitgliedschaft der Ukraine

Das angesehene Kiewer Rasumkow-Zentrum für ökonomische und politische Forschungen befragte vom 7. bis 19. Oktober 2008 10.865 Personen über 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine. (Die Fehlerquote ist nicht größer als 1 %.)

Wie stehen Sie zum Beitritt der Ukraine zur NATO? (in %)

Unterstützte den NATO-Beitritt bestimmt nicht	45,0
Unterstützte den NATO-Beitritt wahrscheinlich nicht	14,5
Unterstützte den NATO-Beitritt teilweise ja, teilweise nicht	11,4
Unterstützte den NATO-Beitritt wahrscheinlich	8,2
Unterstützte den NATO-Beitritt völlig	10,6
Schwer zu antworten	10,2

Wem soll sich die Ukraine annähern, den westlichen Ländern oder Russland? (in %)

Sowohl den westlichen Ländern als auch Russland	44,6
Russland	31,2
Den westlichen Ländern	12,6
Weder den westlichen Ländern noch Russland	4,9
Schwer zu antworten	6,7

Wie stehen Sie zum Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union? (in %)

Beitritt ist notwendig	47,2
Beitritt ist nicht notwendig	30,2
Schwierig zu antworten	22,7

Interpretation: Nur ein knappes Fünftel (18,8 %) der Ukrainer unterstützt den NATO-Beitritt. Knapp drei Fünftel (59,5 %) der Ukrainer sind gegen den Beitritt ihres Landes zum Militärbündnis. Knapp die Hälfte (47,2 %) der Ukrainer ist für den EU-Beitritt ihres Landes. Weniger als ein Drittel (30,2 %) der Ukrainer ist gegen den Beitritt ihres Landes zur Gemeinschaft. Zweieinhalbmals mehr Ukrainer sind für einen EU-Beitritt als für einen NATO-Beitritt. Ein Drittel ist gegen den EU-Beitritt, weil sie stattdessen eine Annäherung an Russland wollen.

Fast derselbe Prozentsatz der Ukrainer, der für den EU-Beitritt ist (47,2 %), möchte dies verbunden sehen mit einer parallelen Annäherung an Russland (44,6 %). Ähnlich verhält es sich mit der Gegnerschaft zum EU-Beitritt: 30,2 % sind dagegen und 31,2 % wollen lieber eine alleinige Annäherung an Russland. Das bedeutet, dass knapp die Hälfte der Ukrainer den EU-Beitritt durch eine Annäherung an Russland „ausgleichen“ möchte.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher:

Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Forschungsbereich Osteuropa und internationale Beziehungen

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Birgitta Loehr
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
ad@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich viertel- und halbjährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 1.-7.12.2008

In dieser Nummer werden folgende Themen behandelt:

- Putins „Direktschaltung“
- Medwedew auf der Richtertagung
- Machtkampf um die Patriarchennachfolge
- Beförderungen im Innenministerium, Entlassungen im Verteidigungsministerium
- Meinungsumfrage zu Putins „Direktschaltung“

Zusammenfassung

Zum ersten Mal stellte sich Wladimir Putin am 4. Dezember über drei Stunden den vielen Fragen der Bevölkerung als Premierminister und als Vorsitzender der Machtpartei „Einiges Russland“. Diese „Direktschaltung“ hatte er als Präsident eingeführt. Zwei große Themenkreise sind festzustellen: Zuerst zu seiner neuen Funktion als Premierminister. Er wolle nicht in den Kreml zurück, denn es sei für ihn nicht wichtig auf welchem Stuhl er sitze, sondern welche Verantwortung er im Staat habe.

Der zweite Themenschwerpunkt betraf die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die russische Wirtschaft. Putin beruhigte, indem er erklärte, dass gute Chancen bestünden, dass die Wirtschaft und auch die Menschen mit minimalen Verlusten durch die schwierige Phase kämen. Ernstzunehmende Fachpolitiker machen stattdessen darauf aufmerksam, dass im kommenden Jahr mit einem Minus-„Wachstum“ des russischen BIP in einer Größenordnung von 2 bis 2,5 % zu rechnen ist und mit einer Rubelabwertung von 24 auf 30 bis 35 Rubel für einen Dollar.

Präsident Dmitrij Medwedew sprach am 2. Dezember auf dem alle vier Jahre stattfindenden Allrussischen Richterkongress. Er plädierte für eine Stärkung des Rechtssystems, größere Unabhängigkeit der Gerichte, größere Transparenz, bessere Qualifikation der Richter und die „Humanisierung des Rechts“. Die Rolle der Richter und der Rechtsprechung in Russland könne nur schwer überschätzt werden.

Der Präsident möchte das Oberste Arbitragegericht aufwerten, das sein Schüler Anton Iwanow leitet. Zu seinen bisherigen Zuständigkeiten für Insolvenz und Firmenstreitigkeiten sollen die Kompetenzen für Steuer- und Zollstreitigkeiten, für den Finanzmarkt, für Investitionen und für den Antimonopoldienst hinzukommen. Werden diese Überlegungen Medwedews umgesetzt, erhält das Oberste Arbitragegericht große Einwirkungsmöglichkeiten auf die russische Wirtschaft. Da das Oberste Arbitragegericht über das Gesetzesinitiativrecht verfügt, kann es selbst die entsprechenden Gesetze in die Staatsduma einbringen.

Nach dem Tod des Patriarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche, Alexij II., stehen für die Wahl eines Nachfolgers verschiedene Kandidaten zur Verfügung. Die beiden Spitzenkandidaten, zwischen denen ein Machtkampf stattfindet, sind der „Außenminister“ der russischen Kirche, der 62jährige Metropolit von Smolensk und Kaliningrad, Kirill (Gundajew), und der „Regierungschef“ der russischen Kirche, der 59jährige Metropolit von Kaluga und Borowsk, Kliment (Kapalin). Kirill ist zugleich der Anführer der Pragmatiker unter den russischen Bischöfen, die für eine Zusammenarbeit mit dem Kreml und eine Annäherung an die Katholische Kirche sind, zwecks des gemeinsamen Kampfs gegen den Atheismus in der Gesellschaft und die Zunahme des radikalen Islamismus in Europa.

Die innerkirchlich Liberalen werden vom Metropoliten von St. Petersburg und Ladoga Wladimir (Kotljarrow) angeführt. Da er in fast demselben hohen Alter ist wie der verstorbene Patriarch, hat er keine Chance für dessen Nachfolge. Die Liberalen sind gegen das

selbstherrliche russische Pathos der gegenwärtigen staatlichen Macht und für die Ökumene.

Die dritte Gruppe bilden die „Radikalen“, die seit dem Tod ihres Anführers, des damaligen Amtsvorgängers von Metropolit Wladimir, des Metropoliten Ioann, 1995 keine neue Führungsfigur gefunden haben. Sie werden keinen Kandidaten stellen. Die „Radikalen“ heißen die Ansichten der Schwarzhundertschaft aus dem zaristischen Russland von 1905, einer ultra-russisch-nationalistischen und antisemitische Kampfeinheit, gut.

Putins „Direktschaltung“

Am 4. Dezember beantwortete Wladimir Putin über drei Stunden Fragen der Bevölkerung über das Fernsehen. Zum ersten Mal kommunizierte er durch diese „Direktschaltung“ mit der Bevölkerung als Regierungschef, was er bisher als Präsident als jährlichen Dialog mit der Bevölkerung eingeführt hatte. Zugleich trat Putin als Vorsitzender der Machtpartei „Einiges Russland“ auf. Mehrere Frager sprachen ihn auch in dieser Eigenschaft an.

Die Fragen gingen thematisch durcheinander, zum Teil mit Direktschaltungen in verschiedene Teile des Landes, wo sich die dort versammelten Menschen an Putin wenden konnten. Es war auch vorab möglich, Putin via Email Fragen zu stellen, auf die er am Ende der Direktschaltung einging, indem er verschiedene Mails auswählte und vorlas. Manche davon hatte die Länge ganzer Briefe.

Zwei große Themenkomplexe konnten festgestellt werden: Gleich die erste Frage zielte auf das politische System Russlands, speziell auf Putin als Regierungschef. Wie er sich in dieser neuen Funktion fühle und was ihm in dieser Zeit gelungen sei. Putin antwortete, dass es für ihn nicht wichtig sei, auf welchem Stuhl er sitze, sondern welche Verantwortung er im Staate habe. Außerdem sei die Leitung der Regierung für ihn nicht neu, denn er war ja schon einmal Regierungschef im Jahr 1999. Die Aufgabe als Regierungschef erfordere großen Einsatz, besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen. Es sei ein großes Glück, dass das Schicksal ihm die Möglichkeit gegeben habe, dem Land an dieser Stelle zu dienen. Er wolle nicht in den Kreml zurück, denn der Posten als Regierungschef reiche ihm. Die nächste Wahl werde 2012 stattfinden. Die jüngste sehr schnelle Verabschiedung der verfassungsändernden Gesetze durch die Staatsduma ließ allerdings etwas anderes vermuten. Offensichtlich ist nun im Kreml entschieden worden, an der Machtkonstellation vorerst nichts zu ändern.

Der zweite große Teil der Fragen befasste sich mit den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Russland. Der Tenor der Antworten Putins kann mit dem beruhigenden Wort des Regierungschefs zusammengefasst werden: „Wir haben gute Chancen, mit minimalen Verlusten für die Wirtschaft und die einfachen Leute durch diese schwierige Phase zu kommen.“ Stimmt das?

Der Präsident des Instituts für Energiepolitik und ehemalige Stellvertretende Energieminister in der Regierung von Michail Kassjanow, Wladimir Milow, sah das in „Echo Moskwy“ am 5. Dezember allerdings anders. Putin sei nicht bereit gewesen, die harten Wahrheiten zu sagen, nämlich dass im kommenden Jahr das Bruttoinlandsprodukt nicht ein Wachstum von 3,5 % - in den letzten Jahre waren es etwa 8 % - aufweisen werde, wie es das Wirtschaftsministerium verkündet, sondern ein Minus von 2 bis 2,5 % haben werde. Auch sei es falsch, wenn Putin antwortete, dass die Aktienkurse nicht so wichtig seien, weil sie nicht dem realen Wert der Firmen entsprächen. Der Börsenwert einer Firma sei der entscheidende Indikator für Investitionsentscheidungen, denn er gebe den Zukunftswert der Firma wieder. Milow, der auch Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel ist, geht von einer bevorstehenden Abwertung des Rubel von 24 auf 32 bis 35 Rubel pro Dollar aus.

Ein weiteres Problem ist der Rückgang des Ölpreises um zwei Drittel, von seinem Höchststand aus gerechnet. Laut einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik ging die Ölförderung in Russland seit zehn Jahren erstmals zurück. Um einen weiteren Rückgang aufzuhalten, müssten in den nächsten zehn Jahren schätzungsweise 300 Mrd. \$ investiert werden.

Bisher finanzierten die russischen Ölfirmen, deren Produktion der Staat zu 30 % kontrolliert, mit ihren Einnahmen, die zu 70 % versteuert werden, 45 % des Staatshaushalts. Mit jedem Dollar, um den der Ölpreis fällt, fehlen dem Staatsbudget rund 2,5 Mrd. \$. Der von der Staatsduma Ende Oktober verabschiedete Haushalt ging von einem Ölpreis von 95 \$ pro Barrel aus. Inzwischen liegt er bei 50 \$.

Auch die Gasförderung ging zurück. Deren Investitionsbedarf wird noch höher eingeschätzt. Ende Oktober schlossen sich Russland mit dem Iran und Katar - die Länder mit den weltweit größten Gasreserven - zu einer Gastrolika zusammen. In Russland wird erwogen, die Ölpreisbildung des Gaspreises sowohl hinsichtlich der Struktur als auch der Bindungsfrist zu ändern, die von bisher sechs Monaten verkürzt werden soll.

Putin kam der Stimmungslage vieler Fragenden und damit wohl einem großen Teil der Bevölkerung entgegen, wenn er mit Blick auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit ankündigte, die Quoten für Gastarbeiter zu verringern, wenn auch - wie er sagte - nur vorläufig. Diese Gasarbeiter kommen vor allem aus GUS-Ländern. Es besteht angesichts der zunehmenden sozialen Spannungen in Russland die Gefahr, dass die Xenophobie wächst und nationalistische Ausschreitungen zunehmen.

Auch Dmitrij Medwedew sorgt sich um die Wirtschaft, obwohl diese eigentlich nicht das Thema des Präsidenten ist. Wie in Nr. 39 berichtet, gründete er Ende Oktober den „Rat beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Entwicklung des Finanzmarkts“, dem Putin nicht angehört und der vom Ersten Stellvertretenden Premier Igor Schuwalow geleitet wird. Am 1. Dezember sprach Medwedew mit Schuwalow. Dabei kam heraus, dass die finanziellen Mittel, die der Staat den Industriebetrieben zur Verfügung gestellt hat, von den Banken, die sie zu diesem Zweck erhalten haben, bisher nicht weitergegeben wurden. Medwedew erklärte verärgert, dass den Betrieben nicht geholfen ist, wenn sie die Mittel erst in zwei bis vier Monaten bekommen. Dann gibt es sie inzwischen vielleicht nicht mehr. Schuwalow schlug vor, durch die Änderung einiger Gesetze das System dahingehend zu ändern, dass der Zentralbank die Regulierung der Mittelweitergabe ermöglicht wird.

Prognose: Putins „Direktschaltung“ führte nicht zu einer solchen breiten Mediendiskussion wie Medwedews Botschaft zur Lage der Nation. Putins Antworten auf die gestellten Fragen waren konkreter, weil es um Finanz- und Wirtschaftsprobleme ging. Deren manchmal geschönte Darstellung war zu erwarten. Da die Situation instabil ist und sich praktisch wöchentlich ändert, haben Putins Antworten nur eine kurze „Halbwertszeit“.

Medwedew auf der Richtertagung

Am 2. Dezember sprach Dmitrij Medwedew auf der alle vier Jahre stattfindenden Richterversammlung. In seiner Botschaft an den VII. Richterkongress plädierte der Präsident für eine Stärkung des Rechtssystems, für größere Unabhängigkeit der Gerichte von äußerem Druck, für eine bessere Qualifikation der Richter und für die „Humanisierung des Rechts“ in dem Sinne, dass kleinere Vergehen nicht kriminalisiert werden sollten. Überhaupt könne die Rolle der Richter und der Rechtssprechung in Russland nicht überschätzt werden.

Im einzelnen sollten Verhandlungen über die Eingaben der Bürger schneller stattfinden. Die Bürger müssten Zugang zu Informationen über ihr Gericht erhalten. Ein entsprechendes Gesetz über die Informationsoffenheit der Gerichte liegt schon länger als

ein Jahr bei der Staatsduma. Der Bürger müssen Vertrauen zur Objektivität und Gerechtigkeit richterlicher Entscheidungen haben, das noch nicht ausreichend groß sei. Die Gerichtsurteile sind umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist der Medwedew-Protegé Nikolaj Winnitschenko zu nennen, der den „Föderalen Gerichtsvollzieherdienst“ leitet, dessen Vollmachten erweitert werden sollen.

Die vorbereitende Bewährungszeit der Richter bis zu ihrer Ernennung, die gegenwärtig drei Jahre beträgt, sollte verkürzt werden. Es wäre auch gut, wenn die Richter – so Medwedew weiter – entsprechend ihrem Rang differenziert entlohnt würden. Die Rechtsprechung sollte schließlich über ein ausreichendes Budget verfügen.

Zwischen dem Obersten und dem Obersten Arbitragegericht besteht schon immer Konkurrenz, die sich in letzter Zeit zuspitzte. Der Vorsitzende des Obersten Gerichts, Wjatscheslaw Lebedew, betrachtet sich als der informelle Führer der Obersten Richter. In letzter Zeit verschiebt sich dies, denn der Oberste Arbitragerichter Anton Iwanow ist ein Schüler Medwedews.

Der Präsident stellte in seiner Rede vor dem Richterkongress die Überlegung an, dem Arbitragegericht neue Zuständigkeiten zu verleihen, die über die bisherigen Kompetenzen für Insolvenz und Firmenstreitigkeiten hinaus gehen, nämlich für Steuer- und Zollstreitigkeiten, für den Finanzmarkt, für Investitionen und für den Antimonopoldienst. Eine Umsetzung dieser Vorschläge würde dem Arbitragegericht große Einwirkungsmöglichkeiten auf die russische Wirtschaft einräumen.

Medwedews Äußerungen betreffen natürlich auch das Verfassungsgericht, das in der Reihe der Obersten Gerichte Russlands eine besondere Rolle spielt, denn es versteht sich als primus inter pares. Seine Entscheidungen haben Vorrang vor ähnlichen Entscheidungen der anderen Gerichte. Medwedew schlug die Einrichtung eines einheitlichen Disziplinarorgans für alle Richter vor. Das würde bedeuten, dass sich hier auch die Verfassungsrichter einzuordnen hätten.

Prognose: Medwedews Vorschläge haben nicht unbedingt eine Chance, in Gesetzesprojekte umgesetzt zu werden. Anders sieht es mit der Ausweitung der Kompetenzen des Obersten Arbitragegerichts aus. Sie könnten der Staatsduma zugeleitet werden, denn das Obersten Arbitragegericht besitzt das Gesetzesinitiativrecht.

Machtkampf um die Patriarchennachfolge

Um die Nachfolge des am 5. Dezember verstorbenen Patriarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche Alexij II. dürfte ein Machtkampf ausbrechen. Schließlich ist das Patriarchat ein Amt auf Lebenszeit und eines der wichtigsten Spitzenämter in Russland mit einer langen religiösen und kulturellen Tradition sowie einem nicht zu unterschätzendem indirekten politischen Einfluss.

Die Wahl eines neuen Patriarchen darf nicht später als ein halbes Jahr nach dem Tod des Amtsvorgängers stattfinden. Zuerst stellt die Versammlung der Erzbischöfe die Kandidaten auf und legt die Zahl der Wahldelegierten fest. Die Wahl nimmt die Kirchenversammlung vor, die aus Erzbischöfen und Vertretern des Klerus, der Mönche und Nonnen sowie der Laien besteht.

Inzwischen bestimmte der Heilige Synod zum vorläufigen Verweser des Patriarchenamtes den „Außenminister“ der Russisch-Orthodoxen Kirche, den Metropoliten von Smolensk und Kaliningrad Kirill (Gundjajew), der auch die Kommission für die Vorbereitung und Durchführung des Begräbnisses des verstorbenen Patriarchen leitet. Der Heilige Synod ist das Regierungsorgan der Russisch-Orthodoxen Kirche, das die Entscheidungen zwischen den Bischofssynoden fällt. Ihm gehören außer dem Patriarchen 13 weitere Bischöfe an, sieben davon ständig und sechs zeitweise.

Bei der Beurteilung der Wahlchancen der Kandidaten ist nach Meinung des „Zentrums für die politische Konjunktur Russlands“ von drei einflussreichen Gruppen in der Russisch-Orthodoxen Kirche auszugehen. Die erste Gruppe wird vom Metropoliten Kirill angeführt. Sie ist bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Kreml pragmatisch und kontrolliert bis zu einem gewissen Grad die Finanzen der Kirche und deren kommerzielle Tätigkeit. Metropolitan Kirill ist für eine Annäherung an die Katholische Kirche zwecks des gemeinsamen Kampfes gegen den Atheismus in der Gesellschaft und die Expansion des radikalen Islamismus in Europa. Die Aussichten einer Zusammenarbeit mit der Katholischen Kirche haben sich aus der Sicht der russischen Kirche nach dem Tod von Papst Johannes Paul II., der als antirussisch eingeschätzt wurde, und die Wahl des Traditionalisten Benedikt XVI. verbessert.

Eine zweite Gruppe kann als „innerkirchlich liberal“ bezeichnet werden. Ihre Führungsfigur ist der Metropolitan von St. Petersburg und Ladoga Wladimir (Kotljarov). Diese Gruppe ist gegen das selbstherrliche russische Pathos der gegenwärtigen staatlichen Macht und gegen die „souveräne Demokratie“. Sie ist für die Ökumene und wird von einem antibolschewistischen Pathos bestimmt.

Die dritte Gruppe bilden die „Radikalen“, die entschieden an den national-patriotischen Werten orientiert sind und welche die Ansichten der Schwarzhundertschaft gutheißen, einer ultra-russisch-nationalistischen antisemitischen Kampfeinheit im zaristischen Russland Anfang des 20. Jahrhunderts mit negativen Einstellungen gegenüber allem Fremdländischen. Nach dem Tod des geistigen Oberhauptes der „Radikalen“, des Metropoliten von St. Petersburg und Ladoga, Ioann, 1995, konnten sie bis heute keine neue Führungsfigur finden. Mitglieder dieser Gruppe arbeiten eng mit der Kirche nahe stehenden national-patriotischen Organisationen zusammen und rüsten diese geistig für ihre religiös-patriotischen Aktionen auf.

Prognose: Der Machtkampf um die Patriarchennachfolge dürfte zwischen den beiden Metropoliten, dem 62jährigen Kirill und dem „Regierungschef“ des Patriarchen, dem 59jährige Metropolitan von Kaluga und Borowsk, Kliment (Kapalin), stattfinden. Kliment hat vielleicht die größeren Chancen, zum neuen Patriarchen gewählt zu werden, aber er besitzt nicht so viele Anhänger wie Kirill. Da Metropolitan Wladimir schon sehr betagt ist - er ist fast im gleichen Alter wie der verstorbene Patriarch -, dürfte der Anführer der innerkirchlichen Liberalen keine Chance haben, neuer Patriarch zu werden. Der Kreml hat bereits zu erkennen gegeben, dass er kein Interesse an einem Alexij-Nachfolger hat, welcher der Welt den Rücken zukehrt. Dann dürfte die Patriarchenwahl wohl auf Kirill zulaufen.

Beförderungen im Innenministerium, Entlassungen im Verteidigungsministerium

Am 2. Dezember wurde das Dekret Präsident Dmitrij Medwedews über die Erhöhung der Zahl der Stellvertretenden Innenminister bekannt. Der Leiter des Ermittlungskomitees beim Innenministerium, Aleksej Anitschin, stieg zu einem weiteren Stellvertretenden Innenminister auf. Er war ursprünglich für die Leitung des geplanten russischen FBI vorgesehen. Damit ist endgültig klar, dass es auf absehbare Zeit kein russisches FBI aus dem FSB, dem Innenministerium und der Generalstaatsanwaltschaft geschaffen werden wird, auf dessen Bildung sich im Frühjahr Medwedew und Putin verständigt hatten. Offiziell wurde das mit den fehlenden finanziellen Mitteln begründet, denn die Gehälter der Mitarbeiter dieses russischen FBI hätten alle an die hohen Vergütungen der Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft angeglichen werden müssen. Der andere Grund ist in der Befürchtung zu suchen, dass es mit der Bildung eines russischen FBI zu ernststen Behinderungen in der Tätigkeit der Rechtdurchsetzungsorgane und zu einer Reihe von

gegenseitigen „Beleidigungen“ der verschiedenen bisherigen Silowiki-Gruppen kommen kann, was in Zeiten der politischen Instabilität nicht geschehen darf.

Am 3. Dezember wurde der Leiter des militärischen Nachschubs (Logistik), Armeegeneral Wladimir Issakow, entlassen. Damit hat Verteidigungsminister Anatolij Sedjukow fast alle Spitzenpositionen seines Ministeriums ausgewechselt. Issakow dürfte ein weiterer Gegner der Streitkräftereform demnächst folgen, der Leiter des russischen Nachrichtendienstes, Armeegeneral Valentin Karabelnokow, der seit elf Jahren an der Spitze der GRU steht.

Bei der Beantwortung der vielen Fragen durch Putin fiel auf, dass er mehrmals Offiziere beruhigen musste, die sich um die Auswirkungen der Streitkräftereform persönliche Sorgen machten. Der Premier kündigte an, dass im kommenden Jahr nur diejenigen Offiziere in den Ruhestand geschickt würden, die das Ruhestandsalter erreicht haben.

Prognose: Die vorhandene Rivalität zwischen den Ermittlungsorganen dürfte nicht zunehmen, weil deren Spitzenvertreter verstanden haben, dass sie entlassen werden, wenn sie ihre schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit waschen.

Meinungsumfrage zu Putins „Direktschaltung“

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ (WZIOM) befragte am 6./7. Dezember 1.600 Personen in 140 Siedlungen in 42 Föderationssubjekten. Die statistische Fehlerquote ist nicht höher als 3,4 %.

Verfolgten Sie die „Direktschaltung“ Putins am 4. Dezember? (in %)

Ja, ich habe den Dialog Putins mit der Bevölkerung von Anfang an bis zum Ende aufmerksam verfolgt	17
Ja, ich habe einige Teile des Dialogs verfolgt	30
Ja, ich informierte mich über die wichtigsten Fragen und Antworten durch die Nachrichten, die Zeitungen und das Internet	16
Nein, das Auftreten Putins habe ich nicht verfolgt	36
Schwer zu antworten	1

Wie beurteilen Sie die Antworten Putins? (in %)

Einverstanden	48
Nicht einverstanden	9
Ich weiß nichts über das Auftreten Putins	32
Schwer zu antworten	11

Interpretation: Die knappe Hälfte der Bevölkerung verfolgte die „Direktschaltung“ Putins ganz oder teilweise (47 %). Wenn der Bevölkerungsanteil hinzugenommen wird, der sich mittels Massenmedien und Internet über die wichtigsten Antworten Putins informierte, kommen wir auf fast zwei Drittel (63 %). Mit den Antworten Putins war die Bevölkerung in etwa der gleichen Größenordnung einverstanden (48 %), wie bei der Verfolgung von Putins „Direktschaltung“ (47 %). Ein knappes bzw. gutes Drittel der Befragten wussten nichts von Putins Dialog mit der Bevölkerung (32 %) bzw. hat sein Auftreten nicht verfolgt (36 %), auch nicht über die Massenmedien und das Internet.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher:

Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Forschungsbereich Osteuropa und internationale Beziehungen

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Birgitta Loehr
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
ad@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich viertel- und halbjährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 8.-14.12.2008

In dieser Nummer werden folgende Themen behandelt:

- Putins Angst vor den Folgen der Wirtschaftskrise
- Termin für die Wahl des neuen Patriarchen
- Einbindung Oppositioneller durch den Kreml
- Neuer Präsidentenvertreter am Ural
- Meinungsumfrage zu Putin und Medwedew

Zusammenfassung

Der Premier hat Angst vor den nicht vorhersehbaren sozialen Auswirkungen der nichtkalkulierbaren Finanzkrise und deren wirtschaftlichen Auswirkungen. Putin zieht sich aus der ersten Linie der Krisenbekämpfer zurück, indem er eine Einheitliche Antikrisen-Kommission schuf, die sein Erster Stellvertreter Igor Schuwalow leitet. Dem Premier liegt sehr viel daran, dass die Krisenauswirkungen nicht mit seiner Person verbunden werden, denn er will sein hohes Rating bei der Bevölkerung – ein wichtiger Stabilisierungsfaktor – erhalten. Zudem möchte Putin seine Lieblingsrolle weiterspielen, die ihm schon während seiner Präsidentenzeit so gut gefiel, die des obersten Schiedsrichters. Putin, der als entscheidungsschwach gilt, vermeidet lieber die Klärung von sich überschneidenden Zuständigkeiten.

Auf Angst des Kreml lässt auch das harte Vorgehen der Polizei gegen die beiden unangemeldeten Demonstrationen am vergangenen Sonntag in Moskau und St. Petersburg schließen. Auf jeden der 500 Demonstranten kamen 100 Polizisten und Geheimdienstler. Einen Tag zuvor hatten die Veranstalter der Demonstration, Ex-Schwergewichtmeister Garry Gasprow und Ex-Vizepremier Boris Nemzow mit anderen Kremlgegnern in Chimki bei Moskau das Oppositionsbündnis „Solidarnost“ gegründet. In bewusster Übernahme des Namens der polnischen Gewerkschaftsbewegung, deren Proteste Ende der 80er Jahre wesentlich zum Sturz des damaligen kommunistischen Regimes beitrugen, will sich die neue russische „Solidarnost“ die zunehmende soziale Unzufriedenheit der Bevölkerung nutzen, um sich eine gewisse Massenbasis zu schaffen.

Der Termin für die Wahl des neuen Patriarchen wurde vom Heiligen Synod auf den 28. und 29. Januar festgesetzt. Im ersten Wahlgang wählen die 700 Delegierten, welche die Bischöfe, den Klerus, die Ordensleute und die Laien vertreten, die Favoriten für die Patriarchennachfolge. In einem zweiten Wahlgang wählen dann allein die Bischöfe den neuen Patriarchen. Im ersten Wahlgang dürfte der „Außenminister“ der Russisch-Orthodoxen Kirche, der 62jährige Metropolit von Smolensk und Kaliningrad, Kirill (Gundajew), die meisten Stimmen bekommen. Im zweiten Wahlgang könnten sich die Liberalen, deren Anführer, der Metropolit von St. Petersburg und Ladoga, Wladimir, aus Altersgründen nicht antreten wird, sich mit dem Zweitplatzierten, dem „Regierungschef“ der russischen Kirche, dem 59jährigen Metropolit von Kaluga und Borowsk, Kliment (Kapalin), verbünden. Beiden Lagern missfallen die relative Offenheit Kirills nach außen und seine ökumenischen Tendenzen.

Der Kreml setzt seine Linie der Einbindung wichtiger Oppositioneller in staatliche Strukturen fort. So bot Präsident Dmitrij Medwedew der bisherigen Führungsfigur der inzwischen sich selbst aufgelösten wirtschaftsliberalen „Union rechter Kräfte“, Nikitin Belych, das Amt des Gouverneurs des wirtschaftliche schwierigen Gebiets Kirow an, das Belych gewillt ist anzutreten. Belych dürfte in Kirow kaum erfolgreich sein, was dem Kreml dann als Argument dienen dafür könnte, dass die Liberalen zwar viel reden aber wenig Konkretes tun.

Putins Angst vor den Folgen der Wirtschaftskrise

Am 10. Dezember bildete Premier Wladimir Putin die Einheitliche Antikrisenkommission, die der Erste Stellvertretende Premier Igor Schuwalow leitet. In dieser neue Kommission gingen die beiden bisherigen Antikrisenkommissionen auf, die Antikrisenkommission für wirtschaftliche Fragen – ebenfalls unter Schuwalows Leitung - und die Antikrisenkommission für die sozialen Folgen, die der Stellvertretende Premier Alexander Shukow anführte. Die neue Einheitliche Antikrisenkommission soll die Stabilisierung der Warenmärkte koordinieren, die einheimischen Produzenten unterstützen sowie systemische Antikrisenmaßnahmen für die einzelnen Wirtschaftszweige ausarbeiten und koordinieren. Ferner soll sie versuchen auf die von der globalen Krise am meisten Betroffenen einzuwirken sowie operative Gegenmaßnahmen vorbereiten zur Abwehr negativer sozialer Folgen, wie z.B. die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Schuwalow leitet nun sowohl die neue Einheitliche Antikrisenkommission der Regierung als auch den Ende Oktober von Präsident Dmitrij Medwedew gebildeten „Rat beim Präsidenten zur Entwicklung des Finanzmarkts“. Schuwalow, dem sowohl der Präsident als auch der Premier vertrauen, ist ebenso wenig Ökonom wie Putin, sondern wie der Premier Jurist. Trotzdem hat ihn Putin zum Leiter dieser neuen Kommission ernannt.

Offensichtlich will sich Putin aus dem ersten Glied der Antikrisenfront zurückziehen. Er ist sich nicht sicher, ob die von ihm eingeleiteten Antikrisenmaßnahmen ausreichen. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und infolge davon sozialen Lage soll nicht mit seiner Person identifiziert werden. Putin möchte, dass sein Rating hoch bleibt. Dieser hohe Zustimmungswert zu Putin ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor in einer instabil gewordenen wirtschaftlichen Situation.

Der Abstand zwischen den Einschätzungswerten der Tätigkeit des Premiers und des Präsidenten ist mit sechs Prozent relativ klein (81 % zugunsten des Premiers, 75 % zugunsten des Präsidenten (siehe Umfrage unten). Wenn es um die Einschätzung der Person geht, ist der Abstand mit 17 % dreimal so groß (62 % Putin, 46 % Medwedew). Putin möchte wohl auch als Regierungschef seine beliebte Rolle des obersten Schiedsrichters zwischen den verschiedenen Interessengruppen spielen. Das kann er aber nur, wenn er sich aus der unmittelbaren direkten Verantwortung zurückzieht.

Putin distanziert sich auch von der konkreten Umsetzung seinem Fernsehversprechen, die Anzahl der Arbeitserlaubnisse der Gastarbeiter zeitweilig zu verringern. Diese Maßnahme ist im Interesse von Putins Elektorat, aber nicht der Unternehmer, welche die Gastarbeiter wünschen. Denn sie zahlen diesen Arbeitskräften aus dem GUS-Bereich niedrigere Löhne als den russischen Beschäftigten. Die Absenkung der Quote der Gastarbeiter hat die Gesundheits- und Sozialministerin Tatjana Golikowa vorzunehmen.

Ungeklärt bleibt ferner die Aufteilung der Zuständigkeiten hinsichtlich der Außenwirtschaftsbank, deren Aufsichtsratsvorsitzender Putin ist, zwischen Schuwalow und dem (einfachen) Stellvertretenden Premier Igor Setschin, der für die Industrie zuständig ist. Die Außenwirtschaftsbank ist dafür verantwortlich, dass sie die Finanzmittel, die sie zum Abfedern der Krise vom Staat erhalten hat, an die Industrie weitergibt. Müssen sich nun Setschin und Schuwalow diese Aufgabe teilen oder nicht?

Welche Angst die staatliche Macht vor den sozialen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben muss, kann aus dem massiven und teilweise brutalen Vorgehen der Polizei gegen die beiden unangekündigten Demonstrationen am vergangenen Sonntag in Moskau und St. Petersburg geschlossen werden. Die Protestler demonstrierten gegen die Politik des Kreml in der derzeitigen Krise sowie gegen die vorgenommenen Verfassungsänderungen. Laut „Berliner Zeitung“ kamen auf jeden der 500 Demonstranten 80 Polizisten in Uniform, 20 Polizisten in Zivil und Geheimdienstler sowie fünf Provokateure. Insgesamt wurden 150 Personen (90 in Moskau und 60 in St. Petersburg) verhaftet, darunter auch hohe Offiziere in Militäruniform, die nicht damit gerechnet hatten, von Polizisten abgeführt zu werden.

Diese Offiziere sind bereits pensioniert – die Aktiven hätten sich nicht getraut – und wollten mit ihrer Demonstrationsteilnahme ihren Protest gegen die Militärreform ausdrücken, über die in den vergangenen Nummern mehrmals berichtet wurde.

Als Termin für die Demonstrationen war von den Veranstaltern, dem Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow und dem ehemaligen Vizepremier Boris Nemzow, bewusst der 14. Dezember gewählt worden, denn das ist der Jahrestag des Dekabristenaufstands 1825, als Offiziere den Eid auf Zar Nikolaus I. verweigerten und damit gegen dessen autokratisches Regime protestierten. Ihre Anführer wurden gehängt, die übrigen für immer nach Sibirien verbannt.

Einen Tag vorher war am 13. Dezember von Kremlgegnern, die auf 40 vorangegangenen Versammlungen in den Regionen als Delegierte gewählt worden waren, in Chimki, einem Vorort von Moskau, ein neues oppositionelles Bündnis gegründet worden, das sich den Namen „Solidarnost“ gab in Anspielung an die polnische Gewerkschaftsbewegung Ende der 80er Jahre, die schließlich den Sturz des kommunistischen Regimes erreichte. Die neue Bewegung, die in ihren Reihen auch den Vorsitzenden der Nationalbolschewisten Eduard Limonow hat, möchte mit ihrem Programm „300 Schritte zur Freiheit“ Putin und Medwedew ablösen, denn nur auf diesem Wege – so Kasparow – könne in Russland für Freiheit und politischen Wettbewerb gesorgt werden.

Das neue Oppositionsbündnis, an dem sich auch Jabloko-Mitglieder und Menschenrechtler beteiligen, will offensichtlich die zu erwartende soziale Unzufriedenheit der Bevölkerung nutzen, um durch die Artikulation deren Unmuts sich eine gewisse Massenbasis schaffen, um größeres politisches Gewicht zu bekommen. „Solidarnost“ lehnt jegliche Zusammenarbeit mit der Staatsmacht ab. Das Bündnis will den von der sozialen Misere und den Auswirkungen der Finanzkrise Betroffenen Hilfe anbieten. Laut Jabloko-Vorstandsmitglied Viktor Schejnis ist es „Solodarnost“ gelungen, eine Reihe von unabhängigen Gewerkschaften ins Boot zu holen.

„Solidarnost“ fordert für die kleinen und mittleren Unternehmen Steuersenkungen. Den Monopolfirmen soll die Finanzierung betriebsfremder Bereiche verboten werden. Man kann dabei z.B. an das Betreiben einer Medienfirmen durch Gazprom denken. Bei der Wahl in den Politrat erhielt Nemzow am vergangenen Samstag 204 Stimmen und Kasparow 186 Stimmen. Im Februar soll das Exekutivkomitee gewählt werden.

Prognose: Die Furcht des Kreml vor den nicht vorhersehbaren Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise dürfte andauern. Während Schukow für die Ausarbeitung der Antikrisenkonzeption zuständig sein könnte, wäre es Aufgabe von Setschin, der als Anführer der „radikalen“ Silowiki gilt, die Geldmittel zu verteilen.

Termin für die Wahl des neuen Patriarchen

Der Heilige Synod beschloss, die Wahl des neuen Patriarchen schon zwei Monate nach dem Tod von Patriarch Alexij II. nach der russischen Weihnachts- und Neujahrespause am 28. und 29. Januar unter der Leitung von Metropolit Kirill durchzuführen. Die Wahl werden 700 Delegierte vornehmen, welche die Bischöfe, den Klerus, die Ordensleute und die Laien repräsentieren und die teilweise auch aus dem Ausland kommen. Da sie verschiedenen sozialen Gruppen angehören und unterschiedliche Interessen repräsentieren, ist eine Prognose schwierig. Am ersten Wahlakt können sich alle Delegierten beteiligen. Den zweiten Wahlgang dürfen nur die Bischöfe vornehmen. Sie wählen dann den Patriarchen aus den im ersten Wahlgang bestimmten Favoriten. Es ist wahrscheinlich, dass im Ergebnis des ersten Wahlgangs der „Außenminister“ der Russisch-Orthodoxen Kirche, Metropolit Kirill an der Spitze liegt.

Er hat eine breite Anhängerschaft innerhalb der russischen Kirche in allen Schichten der Geistlichkeit, auch unter den Laien. Seine Wahl wäre auch im Sinne des Kreml, der keine von der Welt isolierte russische Kirche möchte.

Der Opponent des 62jährige Metropolit von Smolensk und Kalinigrad Kirill (Gundajew) ist der „Regierungschef“ der russischen Kirche, der 59jährige Metropolit von Kaluga und Borowsk Kliment (Kapalin). Seine Anhänger dürften in der Wahlversammlung versuchen, eine Anti-Kirill-Opposition aufzubauen. Mit der baldigen Festsetzung des Wahl-termins setzt Kirill seine Gegner unter einen gewissen Zeitdruck.

Schaden könnte Kirill sein kircheninternes Auftreten, als sei er schon der gewählte Patriarch. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Gegner Kirills mit den Liberalen, deren Anführer, der Metropolit von St. Petersburg und Ladoga Wladimir aus Altersgründen nicht kandidiert, ein taktisches Bündnis schließen mit dem Ziel, Kliment zum neuen Patriarchen zu wählen. Kliment ist dogmatischer als Kirill. Doch beiden – den Liberalen und dem Kliment-Lager - missfallen die relative Offenheit Kirills nach außen und seine ökumenischen Tendenzen.

Prognose: *In den nächsten beiden Wochen werden wir einen Kampf um die Namenslisten für die Delegierten zur Wahlversammlung erleben. Die nächste Etappe dürfte dann die „Bearbeitung“ der Delegierten sein, damit sie im Sinne des einen oder anderen Prätendenten für das Patriarchenamt votieren.*

Einbindung Oppositioneller durch den Kreml

Am 8. Dezember bot der Präsident Nikitin Belych an, Gouverneur des Gebiets Kirow zu werden. Damit setzt der Kreml seinen Kurs fort, manche Oppositionelle durch die Übertragung von staatlichen Aufgaben in die bürokratischen Strukturen einzubinden, wodurch sie für ihn weniger gefährlich werden. Den Anfang machte Igor Artemjew, der im März 2004 Leiter des „Föderalen Antimonopoldienstes“ wurde. Vorher war er Stellvertretender Vorsitzender der oppositionellen Jabloko-Fraktion sowie Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Kreditorganisationen und das Finanzwesen in der damaligen Staatsduma. Der frühere Jabloko-Vorsitzende Grigroij Jawlinskij lehnte solche Angebote Putins immer ab.

Ein weiteres Beispiel ist ein Oppositioneller vom anderen Ende des politischen Spektrums, der Nationalist Dmitrij Rogosin, der im Januar 2008 russischer Botschafter bei der NATO in Brüssel wurde. 2006 musste er wegen rassistischer Ausfälle sowohl den Fraktions- als auch den Parteivorsitz der Partei „Rodina“ niederlegen. Die linksnationalistische „Rodina“ („Heimat“) war 2003 vom Kreml initiiert worden, um bei der Staatsdumawahl 2003 den Kommunisten Stimmen wegzunehmen. Das Projekt „Rodina“ war dann zur Überraschung des Kremls sehr erfolgreich und entzog sich immer mehr seiner Kontrolle, so dass der Kreml die ins nationalistische Fahrwasser abgeleitende „Rodina“ nicht weiter unterstützte.

Der 1975 geborene Belych war eine wichtige Führungsfigur der wirtschaftsliberalen „Union rechter Kräfte“. Da er nicht bereit war, den vom Kreml initiierten Weg der Selbstauflösung der Partei und die Gründung der neuen mit den staatlichen Organen zusammenarbeitenden wirtschaftsliberalen Partei „Rechte Sache“, in welcher die „Union rechter Kräfte“ aufging, mitzugehen, trat er vorher aus der von ihm bisher angeführten Partei aus. Zudem protestierte er gegen die Verletzung der Menschenrechte bei der letzten Staatsdumawahl und wollte deshalb nach Straßburg fahren zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Zwei Gründen waren dem Kreml nach Meinung des „Zentrums für die politische Konjunktur Russlands“ bei dem Angebot an Belych wichtig: Erstens verhindert der Kreml damit, dass eine wichtige oppositionelle Führungsfigur sich „Solidarnost“ anschließt.

Zweitens: Das Gebiet Kirow ist eine wenig bekannte Region in einer wirtschaftlich depressiven Lage. Seine Probleme können nur durch die Vereinigung mit ihren reichen Nachbarregionen gelöst werden. Belych wird dort hart arbeiten müssen und dürfte kaum positive Resultate erreichen. Dies könnte als Argument dafür benutzt werden, dass die Liberalen zwar viel reden, aber wenig Konkretes machen.

Prognose: *Auch andere liberalen Oppositionelle dürften dem Beispiel Belychs folgen, wenn sie entsprechende Angebote vom Kreml bekommen.*

Neuer Präsidentenvertreter am Ural

Ebenfalls am 8. Dezember ernannte der Präsident Nikolaj Winnitschenko zu seinem Vertreter im Föderalen Bezirk Ural mit der Hauptstadt Jekterinburg als Nachfolger des verstorbenen Petr Latyschew. Der 60jährige Latyschew war der dienstälteste amtierende Präsidentenvertreter, der seit der Errichtung der Föderalen Bezirke durch Putin im Jahr 2000 im Amt war.

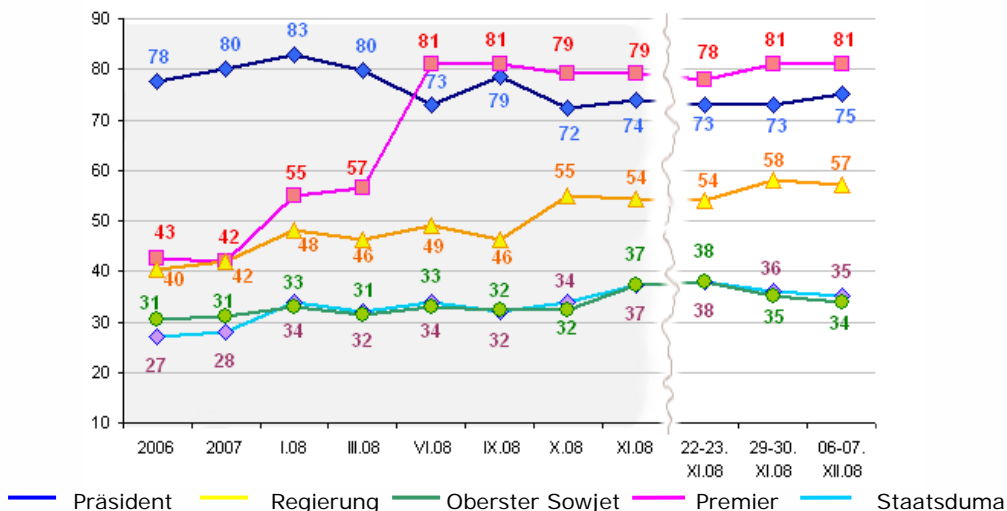
Winnitschenko gehört zum Präsidentenpool und war bis zu seiner neuen Ernennung Leiter des „Föderalen Gerichtsvollzieherdienstes“. In dieser Funktion unterstand er dem Justizminister. In seiner neuen Aufgabe ist er der Präsidialadministration zugeordnet. Das bedeutet, dass seine neue Funktion formal eine Aufwertung bedeutet. Tatsächlich wurde der Gerichtsvollzieherdienst in Russland immer wichtiger. So erhielt dieser Dienst in diesem Jahr das gesetzliche Recht, auch in Abwesenheit des Schuldners dessen Wohnungen beschlagnahmen zu können. Auf dem Richterkongress - wir berichteten in der letzten Nummer - hatte Medwedew seine Unzufriedenheit mit dem Gerichtsvollzieherdienst ausgedrückt.

Prognose: *Neuer Leiter des Gerichtsvollzieherdienstes könne eine weiteres Mitglied des Präsidentenpools werden, der zur Zeit eine Funktion in St. Petersburg ausübt. In nicht zu ferner Zukunft könnte Winnitschenko eine höhere Aufgabe in Moskau erhalten.*

Meinungsumfrage zu Putin und Medwedew

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ (WZIOM) befragte am 6./7. Dezember 1.600 Personen in 140 Siedlungen in 42 Föderationssubjekten. Die statistische Fehlerquote ist nicht höher als 3,4 %.

Zustimmung zur Tätigkeit staatlicher Organe



Interpretation: Die Billigung der Tätigkeit des Premiers ist mit 81 % höher als das Vertrauen zur Person Putin mit 62 %. Es ist auch höher als die Billigung der Regierungstätigkeit mit 57 %. Ähnlich verhält es sich beim Präsidenten: Billigung seiner Tätigkeit 75 %, Vertrauen zu Medwedew 45 %. Putin liegt immer vor Medwedew, in seiner Tätigkeit nur zu 6 %, bezüglich der Person aber zu 17 %. Die Diskrepanz zwischen Prozentwerten zur Tätigkeit eines Amtsträgers und zur Person ist vielleicht dadurch zu erklären, dass bei der Frage nach der Person die ganze Person erfasst wird und nicht nur deren Tätigkeit.

Die Tätigkeit der beiden Parlamentskammern wird – im Vergleich zu denen des Präsidenten und des Premiers / der Regierung - in einem wesentlich geringerem Maße gebilligt, nur zu 34 bzw. 35 %, wobei zwischen den Werten für die beiden Parlamentskammern kaum ein Unterschied besteht. Bei der Einschätzung der Politiker fällt auf, dass eigentlich nur zwei Politiker eine Rolle spielen, nämlich Putin und Medwedew. Alle anderen Politiker, und zwar sowohl auf der föderalen als auch der regionalen Ebene, folgen mit großem Abstand. Eine gewisse Bedeutung hatte für die Befragten nur Sergej Iwanow Mitte 2007, als er noch als einer der Präsidentschaftskandidaten galt. Zu diesem Zeitpunkt war er mit seinen Zustimmungswerten gleichauf mit Medwedew, dem anderen Präsidentschaftskandidaten.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher:

Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft, Forschungsbereich Osteuropa und internationale Beziehungen

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Birgitta Loehr
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
ad@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich viertel- und halbjährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Droghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394